

HOLGER KREMSER

Der Rechtsstatus der
evangelischen Kirchen
in der DDR und die neue
Einheit der EKD

Jus Ecclesiasticum

46

Mohr Siebeck

JUS ECCLESIASTICUM

Beiträge zum evangelischen Kirchenrecht
und zum Staatskirchenrecht
Band 46

Herausgegeben von

AXEL FRHR. VON CAMPENHAUSEN
MARTIN DAUR · MARTIN HECKEL
CHRISTOPH LINK · KLAUS SCHLAICH
GERHARD TRÖGER

Der Rechtsstatus
der evangelischen Kirchen
in der DDR
und die neue Einheit der EKD

von

Holger Kremser



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Geschäftsführender Herausgeber: Martin Heckel

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kremser, Holger:

Der Rechtsstatus der evangelischen Kirchen in der DDR und die neue Einheit
der EKD / von Holger Kremser. –Tübingen: Mohr, 1993

(Jus ecclesiasticum; Bd. 46)

ISBN 3-16-146070-7 / eISBN 978-3-16-163097-2 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

NE: Jus ecclesiasticum

© 1993 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Gebr. Buhl in Ettlingen gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinrich Koch KG in Tübingen gebunden.

ISSN 0449-4393

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde zu einem Zeitpunkt begonnen, als die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiederherstellung der gesamtdeutschen Organisation der EKD von nicht wenigen Zeitgenossen als unmöglich oder als Ereignisse einer ungewissen fernen Zukunft angesehen wurden. Der staatsrechtliche Untergang der DDR und die Auflösung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR machten aus der Arbeit eine *rechtshistorische* Untersuchung, die im Rahmen der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit eine Erhellung des Verhältnisses von Staat und Kirche leisten könnte.

Soll neben der staatsrechtlichen die innere Einheit Deutschlands hergestellt werden, wird man nicht an einer Betrachtung der DDR-Vergangenheit vorbeikommen. Je früher mit ihr begonnen wird, desto größer sind die Chancen, daß die Geschichte der DDR – die auch ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte ist – sachgerecht dargestellt wird. Das Wissen über die Vergangenheit in der DDR wird die Bewältigung der Aufgaben in den neuen Bundesländern erleichtern, da die Gegenwart und die Zukunft nicht losgelöst von der Vergangenheit gestaltet werden können. Auf dem Hintergrund dieser Situation kommt der vorliegenden Untersuchung nach wie vor eine besondere Aktualität zu, die bei Beginn der Arbeit nicht erahnt werden konnte.

Die vorliegende Untersuchung ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner Dissertation, die von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen im Wintersemester 1991/92 angenommen wurde.

Vielen bin ich zu Dank verpflichtet. Mein verehrter Doktorvater, Prof. Dr. *Gottfried Zieger*, hat die Untersuchung der evangelischen Kirchen in der DDR angeregt und in der Folgezeit zur Bearbeitung des Themas ermuntert. Leider war es ihm nicht möglich, die Betreuung der Arbeit bis zum Ende durchzuführen. Prof. Dr. *Gilbert Gornig* hat in höchst dankenswerterweise die Aufgabe des Doktorvaters übernommen und auch das Erstgutachten erstellt. Prof. Dr. *Axel Freiherr von Campenhausen* danke ich ganz herzlich für die Zweitbegutachtung. Den Herausgebern der renommierten Reihe Jus

Ecclesiasticum spreche ich meinen Dank für die rasche Publikation aus. Den Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, der Evangelischen Kirche der Union und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gebührt Dank für die Bereitstellung zahlreicher Dokumente und für die Beantwortung von Anfragen. Die Leitung der Universitätsbibliothek in Münster hat meine zahlreichen Buchwünsche erfüllt. Frau *Schafrin* schulde ich Dank für die mühevollen Schreib- und Korrekturarbeiten.

Rottenburg am Neckar, August 1992

Holger Kremser

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>A. Einleitung</i>	1
<i>B. Die Rolle der Religion im Marxismus-Leninismus</i>	2
I. Die Verankerung des Marxismus-Leninismus in der DDR-Verfassung.	2
II. Das marxistische Religionsverständnis	3
III. Das leninistische Religionsverständnis	5
<i>C. Die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und ihrer Mitglieder in der DDR-Verfassung</i>	6
I. Die Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht und die Sicherung der Grundrechte	6
II. Die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949	29
III. Die DDR-Verfassung vom 6. April 1968	43
<i>D. Die geschichtliche Entwicklung der evangelischen Kirchen in der SBZ/DDR</i>	60
I. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR	60
II. Die Evangelische Kirche der Union – Bereich DDR (EKU – Bereich DDR)	131
III. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg	138
IV. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (VELK) in der DDR.	141
V. Die gescheiterte Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR	146
VI. Sonstige religiöse Gemeinschaften und Gruppen sowie Zusammenschlüsse in der DDR	150
<i>E. Die historische Entwicklung der Beziehungen der evangelischen Kirchen zur SBZ/DDR.</i>	155
I. Die kirchenpolitische Position der KPD	155
II. Die Kirchenpolitik der Sowjetunion in der SBZ.	156
III. Die kirchenpolitische Position der SED	157

IV. Gesellschaftliche Organisationen und Gruppierungen als Instrumente der staatlichen Kirchenpolitik	157
V. Das Verhältnis Staat–Kirche im Lichte der drei Hauptphasen der SED-Kirchenpolitik.....	159
<i>F. Ausblick</i>	210
I. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Integration	210
II. Die staatskirchenrechtliche Entwicklung in den neuen Bundesländern	213
Literaturverzeichnis.....	253
Personen- und Sachregister.....	271

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>A. Einleitung</i>	1
<i>B. Die Rolle der Religion im Marxismus-Leninismus</i>	2
I. Die Verankerung des Marxismus-Leninismus in der DDR-Verfassung.	2
II. Das marxistische Religionsverständnis	3
III. Das leninistische Religionsverständnis	5
<i>C. Die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und ihrer Mitglieder in der DDR-Verfassung</i>	6
I. Die Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht und die Sicherung der Grundrechte	6
1. Grundrechte kraft staatlicher Gewährung	7
2. Funktion der sozialistischen Grundrechte	8
a) Soziale Funktion der Grundrechte	8
b) Grundrechte als objektives Recht	9
c) Grundrechte als subjektives Recht.	10
d) Grundrechte als politische, persönliche, sozialökonomische und kulturelle Rechte und Freiheiten.	11
e) Einheit von Grundrechten und Grundpflichten.	11
3. Immanente Grundrechtsschranken	13
4. Drittwirkung der Grundrechte	15
5. Grundrechtsschutz	15
a) Die verschiedenen Rechtsbehelfe im DDR-Recht	16
b) Mangelhafter Grundrechtsschutz aufgrund ideologischer Vorgaben.	18
6. Abschließende Betrachtung der sozialistischen Grundrechtskonzeption.	20
7. Exkurs: Die Menschenrechte aus der Sicht der reformatorischen Theologie	22
a) Allgemeines	22
b) Dreispaltung der Menschenrechte	23
aa) Die liberale Menschenrechtskonzeption	23
bb) Die sozialistische Menschenrechtskonzeption	23
cc) Die Dritte-Welt-Menschenrechtskonzeption	24
dd) Stellungnahme.	24

c) Konvergenz der verschiedenen Menschenrechtskonzeptionen	26
aa) Theorie von der Grundfigur des Menschenrechts	26
bb) Stellungnahme	26
II. Die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949	29
1. Glaubens- und Gewissensfreiheit	29
2. Diskriminierungsverbot gegenüber Christen	30
3. Das kirchliche Selbstverwaltungsrecht und die Garantierung des Korporationsstatus	31
4. Religionsunterricht in den Schulen	33
5. Finanzielle Absicherung der Kirchen	34
a) Kirchensteuer	34
b) Garantie der Staatsleistungen und die Eigentumsgarantie	36
aa) Staatsleistungen	36
bb) Eigentumsgarantie	37
6. Vornahme religiöser Handlungen in Krankenhäusern oder anderen öffentlichen Einrichtungen	38
7. Austrittsmodalitäten für Mitglieder korporierter Religionsgemeinschaften	41
8. Zusammenfassung	42
III. Die DDR-Verfassung vom 6. April 1968	43
1. Zur Entstehungsgeschichte der DDR-Verfassung vom 6. 4. 1968	43
2. Verfassungsrechtliche Stellung religiös gebundener Bürger	45
a) Gewährleistung der Glaubens- und Gewissensfreiheit	45
b) Bekenntnisfreiheit	47
c) Ausübungsfreiheit hinsichtlich religiöser Handlungen	47
3. Verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften	48
a) Allgemeines	48
b) Rechtsstatus der nach der DDR-Verfassung 1949 korporierten Religionsgemeinschaften	52
c) Vereinbarungsvorbehalt in Art. 39 Abs. 2 S. 2 DDR-Verf. 1968	56
4. Die Verfassungsänderung in der DDR vom 7. 10. 1974	58
5. Zusammenfassung	59
<i>D. Die geschichtliche Entwicklung der evangelischen Kirchen in der SBZ/DDR</i>	<i>60</i>
I. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR	60
1. Reorganisation der evangelischen Gliedkirchen in der SBZ/DDR im Rahmen der gesamtdeutschen EKD	60
a) Vorläufige Gründung der EKD in Treysa/Bez. Kassel am 31. August 1945	60
b) Endgültige Konstituierung der EKD am 13. Juli 1948 in Eisenach	62
c) Die EKD als Klammer zwischen den getrennten Teilen Deutschlands	63
aa) Allgemeines	63
bb) Die rechtlichen Probleme des Militärseelsorgevertrags	64
d) Verselbständigung der DDR-Gliedkirchen unter dem Dach der EKD	72

2. Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 10. Juni 1969	73
a) Vorgeschichte	73
b) Die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 10. Juni 1969	74
c) Die Reaktionen der SED-Staatsführung auf die Gründung des Kirchenbundes	80
d) Die »besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland«	82
aa) Allgemeines	82
bb) Beratergruppe	83
cc) Konsultationsgruppe	84
dd) Finanzielle Unterstützung	85
ee) Loccumer Erklärung	85
ff) Reaktionen auf die Loccumer Erklärung	86
e) Die Motive für die Gründung des Kirchenbundes	91
f) Gemeindeglieder aller Gliedkirchen des Kirchenbundes im Jahre 1989	93
3. Kirchenverfassungsrechtliche Bewertung der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen	94
a) Kirchenverfassungsrechtliche Bewertung der Kirchenbundgründung aus der Sicht der EKD	94
aa) Gründung des Kirchenbundes außerhalb der EKD-Grundordnung	94
bb) Konstituierung des Kirchenbundes kraft originärer Rechtsgrundlage	95
cc) Kein revolutionärer Akt	96
dd) Keine förmliche Entlassung der östlichen Gliedkirchen aus der EKD	96
ee) Ruhendes EKD-Verfassungsrecht im Bereich der östlichen Gliedkirchen	97
ff) Überlagerung der EKD-Grundordnung durch die Ordnung des Kirchenbundes	98
gg) Ergebnis	98
b) Kirchenverfassungsrechtliche Bewertung der Kirchenbundgründung aus der Sicht des Bundes der Evangelischen Kirchen	99
aa) Vollständige kirchenverfassungsrechtliche Loslösung der östlichen Gliedkirchen von der EKD	99
bb) Streichung der EKD-Mitgliedschaft in den Verfassungen der östlichen Landeskirchen	99
cc) Übernahme der Rechte der EKD durch den Kirchenbund im Bereich der östlichen Gliedkirchen	100
dd) Ergebnis	100
c) Stellungnahme	100
4. Das rechtliche Verhältnis von EKD und Kirchenbund	101
a) Das rechtliche Verhältnis von EKD und Kirchenbund aus der Sicht der EKD	101
aa) Keine Ignorierung des Kirchenbundes	101
bb) Keine Auflösung der westlichen (Rumpf-) EKD	102
cc) Keine Aufteilung der EKD in eine Zwillingkirche	102

dd)	Keine Regionalisierung der EKD	103
ee)	Keine Ausgliederung der östlichen Gliedkirchen aus der EKD. . .	103
ff)	Keine Anerkennung des Kirchenbundes im Rechtssinne	104
gg)	Keine de-facto-Anerkennung des Kirchenbundes	104
hh)	Respektierung des Kirchenbundes	105
b)	Das rechtliche Verhältnis von EKD und Kirchenbund aus der Sicht des Kirchenbundes	107
aa)	Dezentralisation	107
bb)	Sezession	108
cc)	Dismembration	109
c)	Stellungnahme	111
5.	Abschließende Betrachtung der Kirchenbundgründung	111
6.	Die kirchliche Wiedervereinigung im Rahmen der EKD	114
a)	Allgemeines	114
b)	Die rechtliche Bewertung der EKD-Wiedervereinigung	115
aa)	Das EKD-Vereinigungsgesetz	116
(1)	Unterscheidung zwischen Verfassungsgebung und Verfas- sungsänderung	116
(a)	Die verfassungsgebende Gewalt	116
(b)	Die verfassungsändernde Gewalt	117
(2)	Die EKD-Verfassung als Grundlage der kirchlichen Wie- dervereinigung	117
(3)	Die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grenzen der EKD-Grundordnung	118
(a)	Inhalt der Paktierungsgrenze der EKD-Grundordnung. (1) Wandlung der EKD von einem Bund in eine Ge- meinschaft von Gliedkirchen im rechtlichen Sinne?	118
(b)	Beachtung der Paktierungsgrenze	119
(1)	Prüfungsauftrag zur Verstärkung der gliedkirchli- chen Gemeinschaft	120
(3)	Mitgliederbestand der EKD.	120
(a)	Kirchenverfassungsrechtliche Bewertung ei- ner Bundeserweiterung der EKD	120
(b)	EKD-Mitgliedschaft der östlichen evangeli- schen Landeskirchen	121
(4)	Zusammenfassung	123
bb)	Das Vereinigungsgesetz des Kirchenbundes	123
(1)	Inhalt	123
(2)	Das Kirchenbundvereinigungsgesetz als Rechtsgrundlage für die Vereinigung mit der EKD	124
(3)	Die Einhaltung der rechtlichen Grenzen der Kirchenbund- ordnung	125
(a)	Keine Verleihung von EKD-Mitgliedschaftsrechten nach der Ordnung des Kirchenbundes	125
(b)	Die Beseitigung der Kirchenbundordnung als ein die Grenzen der Verfassungsänderung überschreitender Akt	126
(c)	Ergebnis	128
(4)	Die Auflösung des Kirchenbundes als ein verfassungsgeben- der Akt seiner Gliedkirchen.	128

(5) Die mehrfache Bedeutung des Kirchenbundesvereinigungsgesetzes	129
cc) Die östlichen Gliedkirchen als die die EKD-Einheit bewirkenden Rechtssubjekte	130
II. Die Evangelische Kirche der Union – Bereich DDR (EKU – Bereich DDR) ..	131
1. Die DDR-Gliedkirchen in der EKU	131
2. Die Regionalisierung der EKU	132
3. EKD-Mitgliedschaft der östlichen EKU-Gliedkirchen nach Art. 3 EKU-Ordnung	135
4. Die rechtliche Zusammenführung der EKU – Bereich West und der EKU – Bereich Ost	135
a) Gesamtdeutscher Rechtsfortbestand der EKU	135
b) Die rechtlichen Grundlagen für die Zusammenführung der EKU-Bereichskirchen	137
III. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg	138
IV. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (VELK) in der DDR.	141
1. Der Zusammenschluß der lutherischen DDR-Gliedkirchen in der gesamtdeutschen VELKD.	141
2. Die Gründung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELK) in der DDR	142
3. Die Auflösung der VELK	144
4. Erneuter Zusammenschluß der östlichen und westlichen lutherischen Landeskirchen	144
5. Zusammenfassung	145
V. Die gescheiterte Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR	146
VI. Sonstige religiöse Gemeinschaften und Gruppen in der DDR	150
1. Die Freikirchen in der DDR.	150
2. Die Landeskirchlichen Gemeinschaften	152
3. Kirchliche Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse	152
a) Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR	152
b) Die Evangelische Allianz in der DDR	153
4. Russisch-Orthodoxe Kirche	154

<i>E. Die historische Entwicklung der Beziehungen der evangelischen Kirchen zur SBZ/DDR.</i>	155
I. Die kirchenpolitische Position der KPD	155
II. Die Kirchenpolitik der Sowjetunion in der SBZ.	156
III. Die kirchenpolitische Position der SED	157
IV. Gesellschaftliche Organisationen und Gruppierungen als Instrumente der staatlichen Kirchenpolitik	157
V. Das Verhältnis Staat-Kirche im Lichte der drei Hauptphasen der SED-Kirchenpolitik	159
1. Bekämpfung der Kirchen durch eine staatliche atheistische Propaganda (1949–1958)	159

a) Angriffsziel »Junge Gemeinde«	159
b) Das Kommuniqué vom 10. Juni 1953	162
c) Angriffsmittel Jugendweihe	163
d) Die Diffamierung der evangelischen Kirchen als »NATO-Kirche«	167
2. Zurückdrängung der staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der DDR-Verfassung 1949 (1958–1968)	167
a) Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958	168
b) Die »Programmatische Erklärung« des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR (1960)	171
c) Die »Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche« (1963)	174
d) Die »Sieben Theologischen Sätze« (1963)	176
3. Die SED-Kirchenpolitik nach der Gründung des Kirchenbundes – Kirche im Sozialismus (1969 bis zum 9. November 1989)	177
a) Die gegenseitige Annäherung von Kirche und Staat	177
b) Die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz	182
c) Das Spitzengespräch vom 6. März 1978 und seine Auswirkungen	185
aa) Vorgeschichte	185
bb) Der Inhalt des Spitzengesprächs vom 6. März 1978	186
cc) Die Rechtsnatur des Spitzengesprächs vom 6. März 1978	187
dd) Die Auswirkungen des Spitzengesprächs vom 6. März 1978	190
(1) Belastungen des Verhältnisses Kirche–Staat im Zusammenhang mit der Einführung des Wehrkundeunterrichts	190
(2) Die Kirchen und der Einsatz von Medien	193
(3) Kirchliche Bauvorhaben	195
(4) Seelsorge in staatlichen Einrichtungen	195
(5) Diakonische Einrichtungen	196
(6) Gleichstellung kirchlicher Betriebe	198
(7) Vereinbarung über die staatliche Rentenversicherung	199
(8) Staatliche Unterstützungen der kirchlichen Feiern zum 500. Geburtstag von Martin Luther (1983)	199
(9) Änderung der Veranstaltungsverordnung und ihre Auswirkungen	200
ee) Infragestellung der Formel »Kirche im Sozialismus«	205
d) Zusammenfassung	207
<i>F. Ausblick</i>	210
I. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Integration	210
II. Die staatskirchenrechtliche Entwicklung in den neuen Ländern	213
1. Die Einführung der Kirchensteuer	213
a) Allgemeines	213
b) Das Kirchensteuerrecht in den neuen Bundesländern	216
2. Religion als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen	220
a) Das Verhältnis von Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG und von Art. 141 GG im Gebiet der neuen Bundesländer	220
aa) Allgemeines	220
bb) Keine staatsrechtliche Identität der neuen Bundesländer mit den SBZ-Ländern	221
cc) Keine abweichenden landesrechtlichen Regelungen im Sinne des Grundgesetzes	226

dd) Historische Auslegung des Art. 141 GG	228
ee) Teleologische Auslegung des Art. 141 GG.	229
b) Das Für und Wider eines schulischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach	234
3. Vertragsstaatskirchenrecht	235
a) Allgemeines	235
b) Art. 11 S. 1 Einigungsvertrag	236
aa) Konkordate zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Heiligen Stuhl.	236
bb) Verträge zwischen der EKD und der Bundesrepublik Deutschland	239
c) Die Teilidentitätslehre und das Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen	239
d) Fortgeltung des Landesstaatskirchenvertragsrechts in den neuen Bundesländern	242
e) Fortgeltung des Vertragsstaatskirchenrechts der DDR.	244
4. Anstaltsseelsorge.	245
5. Staatsleistungen.	248
6. Theologische Fakultäten	249
Literaturverzeichnis.	253
Personen- und Sachregister.	271

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abgedr.	abgedruckt
ABl. EKD	Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland
ABl. VELKD	Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands
ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur der DDR
AgCK	Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR
altluth.	altlutherisch
a. M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Beschl.	Beschluß
Bez.	Bezirk
BFD	Bund Freier Demokraten in der DDR
BG	Bezirksgericht
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II
BGG	Das Bonner Grundgesetz, Grundgesetzkommentar v. Mangoldt/Klein
BK	Bonner Kommentar
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfGE	amtliche Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CSSR	Tschechoslowakei
d.	des
ders.	derselbe (Verfasser)
dgl.	dergleichen
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n) (Verfasser/in, nen)
diss.	dissertatio
Dok.-Nr.	Dokumenten-Nummer
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-Verf.	Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DS	Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
DVBll.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	amtliche Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
ebd.	ebenda
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKiD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKiDDR	Evangelische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik
EKU	Evangelische Kirche der Union
epd	Evangelischer Pressedienst, Frankfurt am Main
Erl.	Erläuterung
etc.	et cetera
ev.	evangelisch
evangel.	evangelisch
Ev.Komm.	Evangelische Kommentare
f.	folgende (Seite)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
ff.	folgende (Seiten)
FN, Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GB	Großbritannien
GBI. I	Gesetzblatt der DDR Teil I
GBI. II	Gesetzblatt der DDR Teil II
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GO	Grundordnung
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.	in, im
i. d. F.	in der Fassung
iur.	iuris
i. V. m.	in Verbindung mit
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KABl.	Kirchliches Amtsblatt
Kap.	Kapitel
kath.	katholisch
KiS	Kirche im Sozialismus
Komm.	Kommentar
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (frühere Blockpartei in der DDR)
LM	Lutherische Monatshefte
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
lit.	litera
luth.	lutherisch
m. a. W.	mit anderen Worten
MBL	Mitteilungsblatt des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
M-D-H-S	Maunz-Dürig-Herzog-Scholz, Grundgesetz-Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.N.	nomen nescio
NVA	Nationale Volksarmee der DDR
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o. g.	oben genannte(n)
OG	Oberstes Gericht der DDR
OGZ	amtliche Entscheidungssammlung des Obersten Gerichts der DDR
Ordnungsnr.	Ordnungsnummer
o. V.	ohne Verfasser
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus (SED-Nachfolgeorganisation)
phil.	philosophisch
polit.	politisch
pp.	perge, perge
Rdnr.	Randnummer
RGBl. I	Reichsgesetzblatt Teil I
RGBl. II	Reichsgesetzblatt Teil II
RM	Rheinischer Merkur/Christ und Welt
röm.-kath.	römisch-katholisch
ROW	Recht in Ost und West
S.	Satz
s.	siehe
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
sc.	scilicet
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (jetzt: PDS)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
sog.	sogenannt
sozialist.	sozialistisch
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stasi	Staatssicherheitsdienst in der DDR
StGB	Strafgesetzbuch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
str.	streitig
SZ	Süddeutsche Zeitung

u.	und
u. a.	und andere, unter anderem
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	von, vom
VEK	Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR
VELK	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZEE	Zeitschrift für Evangelische Ethik
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil

A. Einleitung

»Wir sind das Volk« lautete die Losung der friedlichen Revolution in der Ex-DDR im Jahr 1989¹. Sie brachte den Willen der überwältigenden Mehrheit der DDR-Deutschen zum Ausdruck, sich von der demokratisch nicht legitimierten SED-Alleinherrschaft trennen zu wollen. Daß diese deutsche Revolution von 1989 eine friedliche Revolution² war, ist maßgeblich auf den Einfluß der evangelischen Kirchen zurückzuführen³, die für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung eine geistige Heimat mitten in einem sozialistischen Regime darstellten. Darüber hinaus waren die evangelischen Kirchen in der DDR aber auch für viele Andersdenkende ein »Schutzschirm«, die keine Verbindung zur Kirche hatten und die lediglich die Räume der Kirchen für ihre Aktivitäten benutzten⁴.

¹ *Häberle*, Verfassungspolitik für die Freiheit und Einheit Deutschlands, JZ 1990, S. 358, 360, v. *Mangoldt*, Bürgerpartizipation und neue Länderverfassungen – Das Beispiel Sachsens, S. 198.

² *Günter Krusche*: »Abgesehen von Übergriffen in Dresden, hier und da im Lande und den schlimmen Dingen am 7./8. Oktober ist doch kaum Blut geflossen«, Ev. Komm. 1990, S. 28.

³ Exemplarisch mag dies die Erklärung der Konferenz der evangel. Kirchenleitungen in der DDR v. 8. 12. 1989 belegen, in der es u. a. heißt: »Das Land muß regierbar bleiben. ... Der Friede in der Gesellschaft muß gestärkt werden«, Junge Kirche 1990, S. 42; siehe auch *Lohmann*, KiS 1990, S. 17,19: Es waren vielleicht die evangelischen Kirchen, die mit dem Öffnen ihrer Gemeindeeinrichtungen für politisch Andersdenkende Voraussetzungen für die friedliche Revolution im sozialistischen Staat der DDR schafften.

⁴ *Günter Krusche*, Reform oder Revolution?, Ev. Komm. 1990, S. 28,29; *Maser*, Glauben im Sozialismus, S. 128.

B. Die Rolle der Religion im Marxismus-Leninismus

I. Die Verankerung des Marxismus-Leninismus in der DDR-Verfassung

Die Beschäftigung mit den Kirchen in der DDR muß zwangsläufig die Funktion der Religion nach der marxistisch-leninistischen Ideologie in die Untersuchung einbeziehen. Diese Ideologie wurde in der DDR-Verfassung von 1968¹ ausdrücklich zur Grundlage der Staatsordnung der DDR erklärt. Denn nach Art. 1 Abs. 1 S. 2 DDR-Verfassung 1968 war »die Deutsche Demokratische Republik die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei«. In diesem Sinne heißt es schon in der Präambel der Verfassung 1968, das Volk der DDR habe sich eine »sozialistische Verfassung« gegeben, »erfüllt von dem Willen ... unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus ... zu gehen«. Ein solches ausdrückliches Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Staatstheorie findet sich in der DDR-Verfassung von 1949² nicht. Art. 3 Abs. 5 DDR-Verfassung 1949 sagt nur, die Staatsgewalt müsse »dem Wohl des Volkes, der Freiheit, dem Frieden und dem demokratischen Fortschritt dienen«. Wie dies zu geschehen hatte, wurde der marxistisch-leninistischen Lehre entnommen³. Diese verstand Art. 3 Abs. 1 DDR-Verfassung 1949, nach dem die Staatsgewalt vom Volk auszugehen habe, dahin, daß die Staatsgewalt von der Partei ausgeführt werde⁴. Denn das Volk ist nach marxistisch-leninistischer Auffassung nichts anderes als eine Masse, die von der Partei geführt und erzogen werden müsse, das zu tun und zu wollen, was die Parteiführung will⁵.

¹ I. d. F. vom 7. 10. 1974 (GBl. I S. 432–456); abgedruckt in: *Roggemann*, Die DDR-Verfassungen, S. 391 ff.; *Müller-Römer*, DDR-Gesetze, Ordnungsnr. 1.

² Gesetz über die Konstituierung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. 10. 1949 (GBl. S. 1) abgedr. in: *Roggemann*, Die DDR-Verfassungen, S. 452 ff.

³ *Mampel*, Die Verfassung der SBZ, Art. 3 Erl. 1.

⁴ Ebd., Art. 3, Erl. 1.

⁵ Ebd., Art. 3, Erl. 1.

II. Das marxistische Religionsverständnis

Das Religionsverständnis von *Karl Marx* und folglich auch der marxistischen Lehre ist stark von *Feuerbach* beeinflusst worden⁶. Für *Feuerbach* war Gott nichts anderes als ein Wesen, das sich der Mensch aufgrund seines unfreien, furchtsamen Gemüts und unwissenden, ungebildeten Verstandes als ein anderes von ihm unterschiedenes Wesen gegenübersetze⁷. Nach *Feuerbach* bedeutete die Verneinung des phantastischen Scheinwesens Religion die Bejahung des wirklichen menschlichen Wesens⁸. Durch diesen Prozeß werde die Erkenntnis der Religion zur Beförderung der menschlichen Freiheit, Selbsttätigkeit, Liebe und Glückseligkeit gefördert⁹.

Karl Marx sah den Wert der *Feuerbachschen* Theorie von der religiösen Selbstentfremdung darin, die religiöse Welt in ihrer weltlichen Grundlage aufgelöst zu haben¹⁰. *Marx* ging indes mit seinen Forderungen entschieden weiter, indem er verlangte, die weltliche Grundlage selbst müsse sowohl in ihrem Widerspruch verstanden als auch praktisch revolutioniert werden¹¹. Die weltliche Grundlage teilte *Marx* in die sogenannte reale Basis und in den sogenannten Überbau ein¹². Die reale Basis sei die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse, worauf sich ein juristischer, politischer, künstlerischer und philosophischer Überbau erhebe¹³. Auch die Religion sei dem sog. ideologischen Überbau zuzuordnen¹⁴. Diese trage zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise bei, denn nach *Marx*¹⁵ predigten die »sozialen Prinzipien des Christentums ... die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut ...«. Die Religion sei »der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt« ... und ... »das Opium des Volks«¹⁶. Diese Sichtweise führte zu der Folgerung: »Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks«¹⁷. Die Religion habe – so *Marx*¹⁸ –

⁶ Wetter, S. 16.

⁷ *Feuerbach*, Vorlesungen über das Wesen der Religion, S. 30.

⁸ Ebd., S. 31.

⁹ Ebd., S. 31.

¹⁰ *Marx*, Thesen über Feuerbach, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 3, S. 6.

¹¹ Ebd.

¹² *Marx*, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 13, S. 8.

¹³ Ebd., S. 8.

¹⁴ Ebd., S. 8f.

¹⁵ *Marx*, Der Kommunismus des »Rheinischen Beobachters«, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 4, S. 200.

¹⁶ *Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 1, S. 378.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ *Marx/Engels*, Die deutsche Ideologie, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 3, S. 26f.

»keine Entwicklung«, da die materielle Produktion die sich entwickelnden Menschen und ihr Denken ändere. Der zunehmende gesellschaftliche Fortschritt führe also zu einer Loslösung vom religiösen Denken. *Marx* sah den Verlauf der Geschichte als eine Aneinanderreihung von Klassenkämpfen an, wobei jeder Kampf mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaften enden würde oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen¹⁹. Erst wenn ein Stadium erreicht sei, in dem der Mensch nicht mehr vom Joch der Ausbeutung niedergedrückt werde, könne er seine menschlichen Qualitäten entfalten²⁰. In der sozialistischen Gesellschaft werde die Religion dank der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen objektiv ihre gesellschaftlichen Grundlagen verlieren²¹. Das Absterben des religiösen Bewußtseins vollziehe sich aber auch im Sozialismus nicht mit einem Schlage, sondern vielmehr bedürfe es eines kampferfüllten Entwicklungsprozesses zur Überwindung aller religiösen Vorurteile²². Diese würden durch die atheistische Propaganda und durch die Einbeziehung aller Menschen in den kommunistischen Aufbau, in die unmittelbare Verwaltung des Landes und Nutzung der Errungenschaften seiner materiellen und geistigen Kultur im Laufe der Zeit überwunden²³. *Marx* ermahnte jedoch die Führer der Arbeiterbewegungen, den Kampf gegen die Religion mit Vorsicht zu behandeln²⁴. Nach seiner Auffassung sollte jede Anstrengung darauf verwandt werden, die ökonomische Ausbeutung, die die Ursache für das Entstehen von Religion sei, zu beseitigen^{25 26}.

¹⁹ *Marx/Engels*, Manifest der Kommunistischen Partei, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 4, S. 462.

²⁰ *Klaus/Buhr*, Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, S. 944.

²¹ *Klaus/Buhr*, Bd. 2, S. 944.

²² *Fiedler*, u. a., S. 583.

²³ *Klaus/Buhr*, Bd. 2, S. 944.

²⁴ *Taberini*, S. 25.

²⁵ Ebd., S. 22.

²⁶ In seinem Werk »Das Kapital« führte *Marx* aus:

»Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßige Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind«, *Das Kapital I*, in: *Marx/Engels Werke*, Bd. 23, S. 94.

III. Das leninistische Religionsverständnis

Lenin und damit die leninistische Lehre sahen in Religionen und Kirchen Organe der bürgerlichen Reaktion, die »dem Schutz der Ausbeutung und der Umnebelung der Arbeiterklasse« dienten^{27 28}.

Für *Lenin* war die Religion nicht nur das Opium des Volkes, sondern auch »eine Art geistigen Fusels in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen«²⁹. Eindringlich warnte er davor, die religiöse Frage durch den Kampf gegen Christen lösen zu wollen³⁰. Vielmehr sei der Klassenkampf auf die Beseitigung der sozialen Ursachen der Religion zu richten³¹; dabei komme der atheistischen Propaganda eine untergeordnete Rolle zu³².

Für den Staatsbürger erklärte *Lenin* die Religion zur Privatsache³³. »Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig«³⁴. Um Mißverständnissen bei der Anhängerschaft vorzubeugen, unterließ *Lenin* nicht den Hinweis, daß die Religion für die eigene Partei keineswegs Privatsache sei, sondern ihre Existenz einen Kampf gegen jede »religiöse Verdummung« der Arbeiter verlange³⁵. In diesem Sinne bedeutet die Forderung nach Gewissensfreiheit gemäß leninistischer Lesart die Befreiung des Menschen von den Ketten, die ihn an die Religion banden³⁶. Dieses Beispiel macht deutlich, daß der materielle Sinngehalt von Freiheitsrechten in einer von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus geprägten Rechtsordnung ein ganz anderer ist, als ein klassisches liberales Rechtsverständnis dies erwarten läßt.

²⁷ *Lenin*, Über die Religion, S. 20.

²⁸ »Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ... unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits«, *Lenin*, Über die Religion, S. 6.

²⁹ Ebd., S. 7.

³⁰ Ebd., S. 10, 20ff.

³¹ Ebd., S. 23.

³² Ebd., S. 9/10, 24.

³³ Ebd., S. 7.

³⁴ Ebd.

³⁵ Ebd., S. 9.

³⁶ *Barberini*, S. 25.

C. Die verfassungsrechtliche Stellung der Kirchen und ihrer Mitglieder in der DDR-Verfassung

I. Die Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht und die Sicherung der Grundrechte

Für die Stellung einer Kirche und ihrer Mitglieder in Staat und Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung, inwieweit es der Staatsgewalt verwehrt ist, die Wahrnehmung religiöser Freiheiten und Handlungen zu beschränken bzw. die Ausübung der Religionsfreiheiten durch Diskriminierungen zu behindern oder ganz zu verbieten. Das Grundgesetz nimmt eine umfassende Freiheitssicherung durch grundrechtliche Garantien sowohl zugunsten des einzelnen Gläubigen (vgl. Art. 4 Abs. 1 und 2, Art. 3 Abs. 3, 33 Abs. 3 GG¹; Art. 140 GG i. V. m. Art. 136 WRV stellt eine Konkretisierung des Art. 4 GG dar und steht in enger Beziehung zu Art. 33 Abs. 3 GG²) als auch zugunsten der Religionsgemeinschaften vor. Letztere haben rechtstechnisch durch die Inkorporation der staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung in Art. 140 GG einen verfassungsrechtlichen Schutz erhalten. Das kirchliche Selbstbestimmungsrecht in Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 3 WRV hat eine grundrechtsähnliche Qualität erlangt, indem das Bundesverfassungsgericht die Kirchenautonomie unter den Schutzbereich von Art. 4 Abs. 2 GG gestellt hat³.

Im Verfassungstext der DDR waren anfangs die religiösen und kirchrechtlichen Freiheiten (s. Art. 42 ff. DDR-Verf. 1949) – zum Teil fast wörtlich – in gleicher Weise garantiert wie im Grundgesetz. In der Verfassungswirklichkeit entwickelte sich die verfassungsrechtliche Lage der Kirchen und ihrer Mitglieder in beiden deutschen Staaten aber völlig unterschiedlich. Dies ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf das sozialistische Grundrechtsverständnis in der DDR zurückzuführen, welches sich fundamental von der Grundrechtsvorstellung einer freiheitlichen-demokratischen Werteordnung, wie sie dem Grundgesetz zugrundeliegt, unterscheidet.

¹ BGBl. 1949 I S. 1.

² Schmidt-Bleibtrew/Klein, Kommentar zum GG, Art. 140 GG Rdnr. 6.

³ Hollerbach, Grundlagen des Staatskirchenrechts, § 138 Rdnr. 145f. (S. 549f.); BVerfGE 53, 366, 386f., Beschl. des 2. Senats v. 25. 3. 1980–2 BvR 208/76.

1. Grundrechte als ein Akt staatlicher Gewährung

Während das Grundrechtssystem des Bonner Grundgesetzes auf der Menschenwürde und auf der Vorstellung vom Menschen als gottebenlicher Persönlichkeit mit immanenter Würde⁴ bzw. auf der Kantschen Ethik der sittlichen Autonomie als Fähigkeit zu eigener Gewissensentscheidung⁵ basiert sowie von einer vorstaatlichen und übergesetzlichen Geltung der Grundrechte als unveräußerlichen Menschenrechten ausgeht⁶ (vgl. Art. 1 Abs. 2 GG), beruhte die Grundrechtskonzeption der DDR-Verfassung auf der Vorstellung von Grundrechten, die lediglich kraft staatlicher Gewährung Geltung beanspruchen können⁷. Hintergrund dieses Grundrechtsverständnisses ist das marxistisch-leninistische Menschenbild, welches den Menschen als »das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Marx)⁸ ansieht, den man notfalls durch Erziehung zu einem Bewußtsein führen muß, welches der jeweiligen sozial-ökonomischen Situation entspricht⁹. Nach den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus wurden die Grundrechte als »Rechte nicht nur für den Menschen, sondern auch des Menschen betont«¹⁰. Die Frage, ob Grundrechten kraft vorstaatlicher Verleihung Geltungsanspruch zukommt oder nicht, ist keinesfalls als ein bloßer Streit um Worte abzutun. Denn ist es richtig, daß Grundrechte lediglich kraft staatlicher Gewährung in Anspruch genommen werden können, stehen sie per Definition zur Disposition staatlicher Verfügungsgewalt. Es handelt sich dann in Wahrheit nicht um Menschenrechte, sondern um bloße durch einen Akt staatlicher Verleihung gewährte Bürgerrechte¹¹. Diese Bürgerrechte vermochten aufgrund

⁴ Peters, S. 235 f.

⁵ Zippelius, in: BK (Drittbearbeitung), Art. 1 Rdnr. 6 ff.

⁶ Maunz/Zippelius, § 18 I 5 (S. 140); str.: s. Zippelius, Grundrechte in: Evangel. Staatslexikon, Sp. 1221 f. sowie Gornig, Äußerungsfreiheit und Informationsfreiheit als Menschenrechte, S. 101.

⁷ Zieger, Individuum und polit. System in der DDR, S. 82; Gornig, Äußerungsfreiheit und Informationsfreiheit als Menschenrechte, S. 125 ff.; Lörler, Sozialistischer Rechtsstaat – sozialistische Wirtschaftsordnung, Deutschland Archiv 1990, S. 77, 78; v. Mangoldt, Die Menschenrechtskonzeption der Staaten des Warschauer Paktes im Lichte ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen, ROW 1989, S. 83, 84.

⁸ Marx, Thesen über Feuerbach, in: Marx/Engels Werke, Bd. 3, S. 6.

⁹ Mampel, Die Entwicklung der Verfassungsordnung in der Sowjetzone Deutschlands von 1945 bis 1963, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 13 (1964), S. 454, 470.

¹⁰ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 176.

¹¹ Gornig, Äußerungsfreiheit und Informationsfreiheit als Menschenrechte, S. 101; Mampel, Die sozialist. Verfassung der DDR, Art. 19 Rdnr. 16; Zieger, Individuum und polit. System in der DDR, S. 82. Keinen Beifall verdient die Auffassung von Huber/Tödt, das DDR-Verfassungsrecht habe im Hinblick auf die völkerrechtliche Anerkennung der Menschenrechte durch die DDR über die positivierten Grundrechte hinaus auch noch – im Verfassungstext nicht

der marxistisch-leninistischen Denkweise von der Interessensidentität von Gesellschaft und Staat einerseits und Individuum andererseits keine Rechte gegen den Staat zu verleihen, sondern vielmehr waren die sozialistischen Grundrechte Inhalt der Volksmacht¹². Diese wurde durch die Suprematie der marxistisch-leninistischen Parteiführung immanent beschränkt¹³.

2. Funktion der sozialistischen Grundrechte

a) Soziale Funktion der Grundrechte

Hervorzuheben ist die starke Betonung der sozialen Komponente, die den Grundrechten in der DDR zugeschrieben wurde¹⁴. Der Verwirklichung der Menschenrechte seit der »Französischen bürgerlichen Revolution von 1789« wurden »egoistische Ziele« zur Stützung der Macht der Bourgeoisie unterstellt¹⁵. Demgegenüber wurde dem sozialistischen Staat die Aufgabe zugewiesen, die ökonomischen und politischen Zustände zu schaffen, die »die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung« ermöglichten¹⁶. Hierin erschöpfte sich aber nach sozialistischer Lesart die soziale Bedeutung der Grundrechte nicht. Vielmehr sah man in ihnen auch ein Instrument zur Vergesellschaftung des Menschen¹⁷. Die Wahrnehmung von Grundrechten wurde ausdrücklich nicht als Privatsache angesehen¹⁸, sondern als die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts an der Gestaltung der sozialistischen Lebensweise zur Entwicklung einer sozialisti-

erwähnte – Menschenrechte gekannt, *Huber/Tödt*, Menschenrechte, S. 31; diese Auffassung vermengt in unzulässiger Weise das Völkerrecht und das Verfassungsrecht. Die o. g. These von *Huber/Tödt* hält insbesondere auch einer systemimmanenten Betrachtung nicht stand, da die DDR-Verfassungsrechtslehre schon allein durch das DDR-Verfassungsrecht die Menschenrechte in der DDR als verwirklicht ansah, s. Staatsrecht der DDR (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 214.

¹² *Mampel*, Die sozialistische Verfassung der DDR, Art. 19 Rdnr. 12.

¹³ Ebd., Art. 19 Rdnr. 14.

¹⁴ *Brunner*, Einführung in das Recht der DDR, S. 86; *Eberhard, Poppe*, Die Bedeutung der Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft, NJ 1978, S. 326,328.

¹⁵ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 177.

¹⁶ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 179.

¹⁷ *Brunner*, Einführung in das Recht der DDR, S. 86; *Otto Luchterhandt*, Der verstaatlichte Mensch.

¹⁸ *Eberhard Poppe*, Die Bedeutung der Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft, NJ 1978, S. 326,327.

schen Persönlichkeit¹⁹. Diese zwangsintegrierende Funktion der Grundrechte führte zur totalen Erfassung des DDR-Bürgers von der Säuglingskrippe bis zur politischen Schulung im Betrieb und zu gesellschaftspolitischen Einsätzen sowie Veranstaltungen am Abend und der Verpflichtung, ehrenamtliche gesellschaftliche Funktionen für das berufliche Fortkommen zu übernehmen²⁰. Die soziale Funktion der Grundrechte in der DDR verhinderte somit die Schaffung einer staatsfreien Sphäre²¹. Allenfalls gab es kleine Nischen und partielle Freiräume wie z. B. die Kirchen, in denen der »alltägliche Dampf abgelassen« werden konnte²².

b) Grundrechte als objektives Recht

Die Grundrechtsdogmatik in der DDR sah in den Grundrechten zunächst ausschließlich objektives Recht²³. Das heißt, die Grundrechte wurden als objektive Erfordernisse angesehen, die Rechte und Pflichten der Arbeiter- und Bauernmacht zum Ausdruck brachten²⁴. Indem die sozialistische Gesellschaft den antagonistischen Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen aufgehoben habe, sei der Gegensatz zwischen objektivem und subjektivem Recht beseitigt worden²⁵.

Die Qualifizierung der Grundrechte als objektives Recht bedeutete keineswegs die Anerkennung einer objektiven Bindungskraft von Normen. Vielmehr verstand die marxistische Rechtstheorie Rechtsnormen ganz allgemein als eine dialektische, flexible Größe, die im Sinne der von der Staatspartei definierten Klassenkampfsituation anzuwenden waren²⁶.

¹⁹ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 176.

²⁰ Zieger, Individuum und politisches System in der DDR, S. 95.

²¹ Brunner, Einführung in das Recht der DDR, S. 86 f.; Zieger, Individuum und polit. System in der DDR, S. 95; Mampel, Die Entwicklung der Verfassungsordnung in der Sowjetzone Deutschlands von 1945 bis 1963, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 13 (1964), S. 452,469; ders., Die sozialistische Verfassung der DDR, Art. 19 Rdnr. 12.

²² Zieger, Individuum und polit. System in der DDR, S. 95.

²³ Brunner, Einführung in das Recht der DDR, S. 87.

²⁴ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 180 f.; Eberhard Poppe, Die Bedeutung der Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft, NJ 1978, S. 326.

²⁵ Mampel, Die sozialist. Verfassung der DDR, Art. 19 Rdnr. 22 m. w. N.

²⁶ Zieger, Die Organisation der Staatsgewalt in der Verfassung der DDR von 1968, AöR Bd. 94 (1969), S. 185,215; Isensee, Wenn im Streit über den Weg das Ziel verloren geht, S. 276.

c) Grundrechte als subjektives Recht

Erst durch die Rechtsfigur des subjektiven Rechts erhält der Bürger die Möglichkeit, selbständig gegenüber dem Staat aufzutreten und die Beachtung der ihn betreffenden Gesetze durchzusetzen²⁷. Die Gewährleistung subjektiver Rechtspositionen ist eine der Grundbedingungen eines freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlich orientierten Staatswesens²⁸. In praktischer Hinsicht ist die gerichtliche Durchsetzbarkeit für die subjektiven Rechte von wesentlicher Bedeutung²⁹. Es dauerte etwa bis zur Mitte der 60er Jahre, bis die DDR-Staatsrechtslehre davon ausging, daß Grundrechte zugleich auch subjektive Rechte seien³⁰. Die prinzipielle Übereinstimmung von gesellschaftlichen und individuellen Interessen schließe »die Berechtigung von Ansprüchen des einzelnen nicht aus«³¹. Im Hinblick darauf, daß es in der DDR aufgrund der sozialistischen Gesetzlichkeit und dem Prinzip der Parteilichkeit der Rechtsprechung keine unabhängigen Gerichte gab³², kann unter Zugrundelegung rechtsstaatlicher Verhältnisse im Sinne des Grundgesetzes von subjektiven Rechten in der DDR keine Rede sein³³. Dies liegt nicht zuletzt auch in der Logik der marxistisch-leninistischen Lehre begründet, der subjektive Abwehrrechte zum Schutze der Freiheit des einzelnen Staatsbürgers schon deshalb fremd sind, da Freiheit im Sinne des Marxismus-Leninismus nicht aus der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erwachse, sondern aus der Einsicht, sein Verhalten an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten auszurichten³⁴.

Im übrigen wurden Reformvorschläge³⁵ in der DDR für eine effektive Durchsetzung sog. sozialistischer subjektiver Rechte viel zu spät entwickelt, so daß für einen evolutionären Prozeß in Richtung auf rechtsstaatliche

²⁷ Maurer, § 8 Rdnr. 4.

²⁸ Ebd.

²⁹ Mampel, Die sozialistische Verfassung der DDR, Art. 19 Rdnr. 26; Maurer, § 8 Rdnr. 5.

³⁰ Zschiedrich, Kollektivität als ein Wesensmerkmal sozialistischer Grundrechtskonzeption, Staat und Recht 1983, S. 339; Eberhard Poppe/Riege, Die Staatsbürgerschaft der DDR, die Grundrechte und Grundpflichten ihrer Bürger, Staat und Recht 1978, S. 244, 249; Brunner, Einführung in das Recht der DDR, S. 87; Mampel, Die sozialistische Verfassung der DDR, Art. 19, Rdnr. 21 ff.

³¹ Staatsrecht der DDR, (Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR), S. 181.

³² Mampel, Die Verfassung der SBZ, Art. 127, Erl. 2f.; H.H. Klein, Vom sozialistischen Machtstaat zum demokratischen Rechtsstaat, JZ 1990, S. 53, 56.

³³ Gornig, Äußerungsfreiheit und Informationsfreiheit als Menschenrechte, S. 131.

³⁴ H.H. Klein, Vom sozialistischen Machtstaat zum demokratischen Rechtsstaat, JZ 1990, S. 53, 55.

³⁵ Brachmann/Christoph, Zur Vervollkommnung verfahrensrechtlicher Regelungen im Verwaltungsrecht, Staat und Recht 1988, S. 570 ff.

Personen- und Sachregister

- Ackermann, A. 156
Adenauer, K. 64
Altersversorgung kirchlicher Mitarbeiter 187
Fn. 293, 199
Altkatholische Kirche 152 f.
Altutherische Kirche in der DDR 150 f.,
152 f.
Apostelamt Jesu Christi 153
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in
der DDR 152 f.
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kreise in
der Nationalen Front 157
Arbeits- und Zeugnisgemeinschaft 76
Asmussen, H. 62
Ausübungsfreiheit hinsichtlich religiöser
Handlungen 47 f.
Austrittsrecht aus den Kirchen 41 f.
- Bahnmissionsmissionen 38
Baptisten in der DDR 150, 151, 153
Bausoldateneinheiten 191 f., 197
Bauvorhaben, kirchliche 195
Bekenntnisfreiheit 47
Bellmann, R. 186
Benjamin-Erlaß 168
Beratergruppe 83, 101, 104
Bereichsscheidungslehre 56 Fn. 357
Berlin
– Ländereinführungsgesetz
– – Identitätswechsel in dem Teilsbundesland
Ost-Berlin 225
– Kirchensteuerrecht
– – Protokoll zum Einigungsvertrag 216 ff.
– – Berlin (West) 216 f.
– – Ost-Berlin 216 f.
– Religionsunterricht
– – Bremer Klausel 220 ff.
– – Schulgesetz vom 26.6.1948, 221, 231 f.
– – Sowjetische Militäradministration 231 f.
– Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin
221
– Wiedervereinigung 221
- Berliner Erklärung 86 ff.
Bernet, W. 223 Fn. 73
Besondere Gemeinschaft der ganzen evangeli-
schen Christenheit in Deutschland
– Bedenken der Thüringischen Landeskirche
78
– Beratergruppe 83, 101, 104
– finanzielle Unterstützung 85, 214
– Konsultationsgruppe 83, 84, 101, 104
– Kritik der SED und ihrer Hilfstruppen 80 f.
– Loccumer Erklärung 85 ff.
– Verankerung in der EKD-Grundordnung
79 Fn. 177
– Verankerung in der Ordnung des Kirchen-
bundes 77 f., 96
Beste, N. 77, 162
Besteuerungsrecht der Kirchen 33
Braecklein, I. 78, 81
Brandenburg
– DDR-Kirchensteuergesetz 217
– keine Auflösung durch das Demokratisie-
rungsgesetz der DDR 222
– Bremer Klausel 220 ff.
– Land der SBZ
– – Gründung 220
– – Untergang 223
– – Verfassungsberatungen 226 ff., 230
– Ländereinführungsgesetz
– – staatliche Neuschöpfung 223 ff.
- Bremen
– Landesverfassung
– – Religionsunterricht 231
– – Seelsorge 39
Bremer Klausel 220 ff.
Brunner, G. 13
Brunotte, H. 64
Brüsewitz, O. 182 ff.
Buchholz, E. 234
Bundesregierung
– Reichskonkordat
– – Geltung für Deutschland als Ganzes
240 f.

- Wiederherstellung der Einheit Deutschlands
- – verfassungsrechtliche Verpflichtung 83 Fn. 211, 211 f.
- Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR s. auch Evangelische Kirche in Deutschland, Evangelische Kirchen in der SBZ/DDR, Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR, Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation
- Anerkennung durch die DDR-Regierung 80 ff., 177
- Annahme der Kirchenbundordnung 78, 108
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR 152 f.
- Auflösung des Kirchenbundes als verfassungsgebender Akt seiner Gliedkirchen 128 ff.
- besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland 77 f., 79 f., 82 ff., 96
- bündischer Zusammenschluß 128
- Entwurf der Kirchenbundordnung 76 ff.
- Fall Brüsewitz 182 ff.
- Forderung der Identität von DDR-Staatsgrenzen und Kirchengrenzen 74 ff., 91 f.
- Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR 146 ff.
- Gemeinsame Erklärung (1986) 120
- geschichtliche Entwicklung 60 ff.
- Gründung 73 ff., 98, 111 ff., 114, 177
- Herrnhuter Brüdergemeine 151 f., 152 f.
- Hilfswerkgesetz 124
- Kirche im Sozialismus 113, 140, 171, 178 f., 182 ff., 185, 186, 203, 205 ff.
- Motive der Kirchenbundgründung
 - – rechtliche 91 f.
 - – theologische 91 ff., 113, 127
- organisatorische Trennung von der EKD 99 f.
- Paktierungsgrenze der Kirchenbundordnung 128 f.
- rechtliche Loslösung von der EKD 99 f., 107 ff., 124, 125
- Rechtsnachfolger der EKD 100
- Spitzengespräch vom 6.3.1978, 20, 57 Fn. 359, 58 Fn. 363, 185 ff., 207 f.
- Streichung der EKD-Mitgliedschaft in den Landeskirchenverfassungen der Gliedkirchen des Kirchenbundes 99 f.
- Übernahme der EKD-Rechte 78, 100
- Vereinigungsgesetz des Kirchenbundes 123 ff.
- Verhältnis zur EKD
 - – Beendigung der EKD-Mitgliedschaft der östlichen Gliedkirchen 99 f., 108, 124, 125
 - – Dismembration 109 f., 113
 - – keine Dezentralisation 107 f.
 - – keine Sezession 108 f.
 - – zweispurige Betrachtung 101 ff.
 - – Wiedervereinigung mit der EKD 88 ff., 114 ff.
- Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR 150, 152, 152 f.
- Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR 33, 157, 158 f., 181
- Bund Freier Evangelischer Gemeinden in der DDR 151
- Burckhardt, G. 168
- Bürgerrechte 7 f.
- Bürgerrechtsgruppen in der DDR 185 f., 195, 200 f.
- CDU-Blockpartei
 - Durchsetzung der SED-Kirchenpolitik 74, 75, 157, 177
 - Kirchenverständnis 158
 - Propaganda gegen gesamtdeutsche EKD 74 f., 106
 - Polemik gegen die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland 80
- CDU in der SBZ 227 f., 229
- Christlicher Arbeitskreis beim Friedensrat der DDR 157
- Christliche Friedenskonzferenz 157
- Christlicher Humanismus und marxistischer Humanismus 173
- Christenverfolgung in der DDR 159 f.
- Chruschtschow, N. S. 138
- Clean slate-Theorie 243
- Dachstaatstheorie 136
- DDR-Staat
 - s. Deutsche Demokratische Republik
- DDR-Kirchenbund
 - s. Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
- DDR-Rechtsprechung
 - Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit 166
 - Grundrechte als Auslegungsrichtlinien 18

- Instrument des SED-Regimes 18, 38 Fn. 233
- keine Subjektqualität des Klägers 19
- Parteilichkeit 10
- Prinzip der Gewalteneinheit 17
- Rechtsschutzmöglichkeiten 16 ff.
- Rolle der Staatsanwaltschaft in der DDR-Justiz 16
- sozialistische Rechtsstaatlichkeit 19
- DDR-Verfassung vom 7.10.1949
 - Austrittsrecht aus den Kirchen 41 f.
 - Diskriminierungsverbot gegenüber Christen 30 f., 165
 - Eigentumsgarantie 37 f.
 - freie Berufswahl 165
 - Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit 166
 - Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre 165 f.
 - Glaubens- und Gewissensfreiheit 29, 160, 161, 162 f., 164, 169
 - gleiches Recht auf Bildung 165
 - Instrument zur Durchsetzung der Ziele der SED 166, 174
 - keine Offenbarungspflicht religiöser Überzeugungen 160, 165
 - kirchliches Selbstverwaltungsrecht 31 ff.
 - Kirchensteuer 34 ff.
 - Kommuniqué vom 21.7.1958, 168 ff., 173, 174
 - Neutralitätsgebot des Staates 165, 174
 - öffentlich-rechtliche Korporationsqualität der Kirchen 31 ff.
 - Programmatische Erklärung (1960) 171 ff.
 - Religionsunterricht in den Schulen 33 f., 168, 169, 171, 230
 - religiöse Handlungen in öffentlichen Einrichtungen 38 ff., 246
 - Theologische Fakultäten/Sektionen 250
 - Verankerung des Marxismus-Leninismus 2
 - Zurückdrängung staatskirchenrechtlicher Bestimmungen 167 ff.
- DDR-Verfassung vom 6.4.1968
 - s. auch Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht
 - Anmeldepflicht religiöser Veranstaltungen 178
 - Ausübungsfreiheit hinsichtlich religiöser Handlungen 47 f.
 - Bekenntnisfreiheit 47
 - Entstehungsgeschichte 43 ff.
 - Glaubens- und Gewissensfreiheit 45 ff.
 - Gleichheitssatz
 - – Glaubens- und Gewissensfreiheit 45 ff.
 - – Instrument zur Veränderung der Klassensituation 46 f.
 - Instrument zur Durchsetzung der Ziele der SED 190
 - Inkrafttreten
 - – Gründung des Bundes der Evangelischen in der DDR 74 ff. 91 f., 95
 - – Gründung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR 142 f.
 - Korporationsstatus 52 ff., 59
 - Meinungsfreiheit 194
 - Moral, sozialistische 13, 175
 - quasi-öffentlicher-rechtlicher Korporationsstatus 52 ff., 59
 - Selbstbestimmungsrecht der Kirchen 48 ff., 56, 75
 - Spitzengespräch vom 6.3.1978, 20, 57 Fn. 359, 58 Fn. 363, 185 ff., 207 f.
 - Staatsleistungen 53
 - Theologische Fakultäten/Sektionen 53 f., 250
 - Verankerung des Marxismus-Leninismus 2
 - Vereinbarungsvorbehalt 56 ff.
 - Verfassungsänderung vom 7.10.1974, 58 Demke, Chr. 88 f., 115 Fn. 402, 203 f.
- Deutsche Demokratische Republik
 - Beitritt zur Alt-Bundesrepublik Deutschland 211 f.
 - Einführung der D-Mark 213
 - Gewinnung der Christen zur Mitarbeit im Staat 158
 - keine Kolonie 243
 - kein Vertragsstaatskirchenrecht in zentralen Fragen 244 f.
 - Kirchensteuergesetz der nachsozialistischen DDR 215 ff.
 - Ost-West-Gegensatz 243
 - Theologische Fakultäten/Sektionen 53 f., 250
 - Untergang 127, 232, 240, 241
- Deutschland
 - s. auch Rechtslage Deutschlands
 - in den Grenzen von 1990, 239 f.
 - staatsrechtlicher Status 136, 239 f.
 - völkerrechtlicher Status 136, 239 f.
 - Wiedervereinigung 210 ff., 239 f.
- Diakonie
 - Ausbildung von Fachkräften 196 f.
 - diakonische Einrichtungen 196 ff.
 - Diakonisches Werk in der DDR 196, 198

- Rechtsverhältnisse hinsichtlich der dia-
konischen Einrichtungen 197 f.
 - Dialektischer und historischer Materialismus
29, 31
 - Dibelius, O. 40, 62, 63, 64, 68, 139, 156, 162,
169
 - Diskriminierungsverbot 30 f., 165
 - Disziplinarverordnung 1955, 30
 - Domsch, K. 186
 - Drittwirkung der Grundrechte im DDR-Ver-
fassungsrecht
s. Grundrechtskonzeption im DDR-Ver-
fassungsrecht
 - Duchrow, U. 87 Fn. 238

 - Eichler, H. 186
 - Einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit 83
 - Einigungsvertrag
 - Aushandlung
 - kein Begehren der DDR-Regierung hin-
sichtlich der Anwendbarkeit der Bremer
Klausel in den neuen Bundesländern 229
 - Fortgeltung des DDR-Kirchensteuergeset-
zes 216 ff.
 - Fortgeltung des Staatskirchenvertrags-
rechts 236 ff., 246, 248, 249
 - keine Fortgeltung von Landesstaatskir-
chenvertragsrecht nach Art. 11 S. 1 Ein-
igungsvertrag 242
 - Ländereinführungsgesetz 216
 - Eisenacher Empfehlungen (1979) 147
 - EKU
 - s. Evangelische Kirche der Union
 - EKU – Bereich DDR
 - s. Evangelische Kirche der Union
 - Eggerath, W. 81, 168
 - EKD
 - s. Evangelische Kirche in Deutschland
 - Engels F. 88
 - Enteignung kirchlicher Einrichtungen 38
 - Ethik, christliche 234
 - Evangelische Allianz in der DDR
 - Rechtsfähigkeit 153
 - Beitritt der West-Allianz 153 f.
 - Evangelische Brüderunität, Distrikt Herrnhut
93, 151 f., 152 f.
 - Evangelische Kirche der Union
 - s. auch Fusionierung der evangelischen Kir-
chenzusammenschlüsse in der DDR
 - Altpreußische Union 132
 - Beitritt der Landeskirche Anhalts 132
 - Bereichskirchen
 - – Aufhebung der Bereichsgliederung 137 f.
 - – EKU – Bereich Bundesrepublik
Deutschland 134, 136
 - – EKU – Bereich DDR 134, 136
 - – EKU – Bereich Ost 135, 137
 - – EKU – Bereich West 135, 137
 - – Entstehung 133 f.
 - EKD-Mitgliedschaft 135
 - Entstehung der EKU 131 f.
 - gesamtdeutscher Rechtsfortbestand 133,
135 f., 148 f., 177
 - Gliedkirchen in der DDR 132 Fn. 488
 - Fusionierung der evangelischen Kirchen-
zusammenschlüsse in der DDR 146 ff.
 - Kirchenkanzlei 134
 - Kirchengesetz zur Aufhebung der Be-
reichsgliederung 1991, 137
 - Ordnung für Synodaltagungen in besonde-
ren Fällen 132 f.
 - Organe und Dienststellen 133
 - Pfarrerdienstrecht 137 f.
 - Regionalisierung 132 ff.
 - Regionalisierungsgesetz 1972, 133 f.
 - Regionalordnung 1968, 133
 - Sektionsverordnung 1968, 133
 - und die Rechtslage Deutschlands 136
 - und die VELK-DDR 133 Fn. 507
 - unterschiedliches Kirchenrecht in den Be-
reichskirchen 137
- Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
 - abweichende regionale Grundordnungen
in den Teilkirchen Ost und West 141
 - Ausarbeitung einer neuen gemeinsamen
Grundordnung 141
 - einheitliche Kirche in Berlin-Brandenburg
138, 148 f.
 - EKD-Gliedkirche 61
 - EKU-Gliedkirche 132 Fn. 488, 138, 177
 - Evangelische Kirche in Berlin-Branden-
burg (Ost)
 - – Abstimmungsverhalten beim Fusionie-
rungsprozess der evangelischen Kirchen-
zusammenschlüsse in der DDR 147,
148 f.
 - – Gliedkirche der EKU – Bereich DDR
138
 - – Gliedkirche des Kirchenbundes 138
 - Evangelische Kirche in Berlin-Branden-
burg (West)
 - – Gliedkirche der EKU – Bereich Bundes-
republik Deutschland und Berlin (West)
138
 - Gemeinsame Synode 140 f.

- Notverordnung über regionale Synoden 1959
- – Außerkrafttreten 141
- – Erlaß 138 f.
- Position zur Regelung des Religionsunterrichts in Berlin 232
- Regionalisierung der Teilkirchen 138 f.
- Widerspruch hinsichtlich der Gründung des Kirchenbundes 149
- Wiedervereinigungsautomatik 139 f.
- EKiDDR
 - s. Evangelische Kirche in der DDR (EKiDDR)
- Evangelische Kirche in der DDR (EKiDDR) 148 f.
 - s. auch Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR
- Evangelische Kirchen in der DDR/SBZ
 - s. auch Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Evangelische Kirche in Deutschland, Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR, Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation
- Akzeptierung des politischen Führungsanspruchs der SED 171, 201, 203 f.
- Aufgabe der gesamtdeutschen Option 83, 206
- Auflösung des Kirchenbundes 128 ff.
- autonome Großorganisation 32, 50 f., 59, 205
- einseitige rechtliche Trennung von der EKD 75 ff., 94 ff., 114, 158
- faktisches Ausscheiden aus der EKD 97, 110
- finanzielle Zuschüsse aus dem Westen 214
- Forderung hinsichtlich gesellschaftlicher Reformen 201 ff., 208
- Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse 146 ff.
- geschichtliche Entwicklung 60 ff.
- Glaubensgehorsam in der sozialistischen Gesellschaftsordnung 176 f.
- Katalysatorfunktion für die friedliche Revolution 208
- kein aktives Bekämpfen des SED-Regimes 203 f., 205 f.
- keine fundierte Auseinandersetzung mit dem schulmäßigen Marxismus-Leninismus 169, 205 f., 208
- keine protestantische Revolution 204 f.
- kein rechtswirksames Ausscheiden aus der EKD 99 f., 114, 121, 124
- Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 72, 77, 84
- lutherische Kirchen in der SBZ/DDR
 - s. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
- Mitgliederentwicklung der Kirchen in der DDR 93
- Militärseelsorgevertrag der EKD
 - – Abschluß 64, 111 f., 158, 245
 - – Geltungsbereich 67 ff., 246 ff.
 - – rechtliche Bewertung des Verhältnisses von Staat und Kirche 65 f., 245 f.
- Position zum Schulfach Religion 233 f.
- Nischenfunktion 21
- Reorganisation in der EKD 60 ff.
- Schutzdach für Andersdenkende 200 f., 208
- Schutzschirm für Andersdenkende 1, 200 f.
- Streichung der EKD-Mitgliedschaft in den landeskirchlichen Verfassungen 97
- Theologische Fakultäten/Sektionen 53 f., 250
- Verhältnis zum Staat
 - – Annäherung von Kirche und Staat 177 ff., 207 f.
 - – Bekämpfung der Jungen Gemeinde durch den DDR-Staat 159 ff.
 - – Diffamierung der EKD als »NATO-Kirche« 65 f., 167
 - – Fall Brüsewitz 182 ff.
 - – »Gemeinsame Erklärung« (1958) 168 ff.
 - – Gehorsamsfrage gegenüber der SED-Staatsführung 175
 - – Glaubensgehorsam in der sozialistischen Gesellschaftsordnung 176 f.
 - – Informationsgespräche 182 f., 261, 184, 208
 - – Kirche im Sozialismus 113, 140, 171, 178 f., 182 ff., 185, 186, 203, 205 ff.
 - – Kommuniqué vom 10.6.1953, 162 f., 167, 170
 - – Kommuniqué vom 21.7.1958, 168 ff., 173, 174
 - – Mitarbeit in der politischen Ordnung in der DDR 175 f., 176 f.
 - – Programmatische Erklärung (1960) 171 ff.
 - – programmatische Gespräche 58, 171 ff.
 - – Sieben Theologische Sätze (1963) 176 f.
 - – Spitzengespräch vom 6.3.1978, 20, 57 Fn. 359, 58 Fn. 363, 185 ff., 207 f.
 - – staatliche Förderung der atheistischen Jugendweihe 163 ff.

- - Verzicht der evangelischen Kirchen auf eine aktive Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus 169, 205 f., 208
- - Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche (1963) 174 ff.
- Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation 116 ff.
- Zustimmung zum Kirchenbundesvereinigungsgesetz 128
- Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes 61, 132 Fn. 488, 147 f.
- Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen 61, 132 Fn. 488
- Evangelisches Kirchenrecht als Dienstrecht 108, 110
- Evangelische Kirche in Deutschland
 - s. auch Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation
 - Annahme der Grundordnung 62
 - Aufnahme neuer Gliedkirchen 120 f.
 - besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland 77 ff., 96, 104 f.
 - und der Bund der Evangelischen Kirche in der DDR
 - - Geltung der Kirchenbundordnung nach dem Effektivitätsprinzip 98 f.
 - - Gründung außerhalb der EKD-Grundordnung 95 f., 129
 - - keine de-facto-Anerkennung durch die EKD 104 f.
 - - kein EKD-Zusammenschluß 94 f.
 - - keine Entlassung der östlichen Gliedkirchen aus der EKD 96 f., 114
 - - Konkurrenzverhältnis zwischen der EKD-Grundordnung und der Kirchenbundordnung 98, 114
 - - Kontinuität der theologischen Grundlagen der EKD im Bereich des Kirchenbundes 96
 - - latente Geltung der EKD-Grundordnung im räumlichen Bereich des Kirchenbundes 97 ff., 114, 121, 127
 - Bundeserweiterung 120 f.
 - bündischer Zusammenschluß von Gliedkirchen 107, 118 ff.
 - einseitige Trennung der östlichen Gliedkirchen von der EKD 75 ff., 94 ff.
 - Erklärungen zur Kirchenbundgründung 79 f., 101, 102, 103 f., 104, 105 f., 107 f.
 - endgültige Konstituierung 62
 - Gemeinschaft der lutherischen, reformierten und unierten Gliedkirchen 119
 - Fürstenwalder Erklärung 74, 77, 79 Fn. 173, 92, 94
 - handlungsfähige gesamtdeutsche Großorganisation 60, 63 f., 74, 91, 95, 114, 149, 158
 - Kirchenkanzlei 78
 - Klammer zwischen beiden deutschen Teilstaaten 63 ff., 85 f.
 - Leuenberger Konkordie 119, 147
 - Militärseelsorgevertrag
 - - Abschluß 64, 111 f., 158, 245
 - - Geltungsbereich 67 ff., 239, 241, 246 ff.
 - - rechtliche Bewertung des Verhältnisses von Staat und Kirche 65 ff., 245 f.
 - Paktierungsgrenze der EKD-Grundordnung 118 ff.
 - Reorganisation der östlichen Gliedkirchen 60 ff.
 - Verhältnis zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
 - - gesamtdeutscher Rechtsfortbestand der EKD 106, 113, 121 f., 124, 126, 130
 - - keine Anerkennung des Kirchenbundes im Rechtssinne 104
 - - keine de-facto-Anerkennung 104 f.
 - - keine Auflösung der westlichen (Rumpf-)EKD 102
 - - keine Ausgliederung der östlichen Gliedkirchen aus der EKD 103 f.
 - - keine Genehmigung des Austritts der östlichen Gliedkirchen aus der EKD 104
 - - keine Ignorierung des Kirchenbundes 101
 - - keine Regionalisierung der EKD 103
 - - keine Zwillingskirche 102 f.
 - - Reaktivierung der EKD-Mitgliedschaft 111, 113, 122, 130 f.
 - - Reduzierung der Einheit der evangelischen Christenheit auf eine geistliche Gemeinschaft 105
 - - Respektierung des Kirchenbundes 105 f.
 - - Selbstbeschränkung der EKD-Funktionen auf die westlichen Gliedkirchen 105 f.
 - - Verlust der Handlungsfähigkeit der EKD im Bereich des Kirchenbundes 102
 - - zweispurige Betrachtung 101 ff.
 - Verselbständigung der DDR-Gliedkirchen unter dem Dach der EKD 72 f.
 - Vertragsstaatskirchenrecht
 - - Geltung in den neuen Bundesländern 239 ff.
 - - vorläufige Konstituierung 60 f.
 - - vorläufige Ordnung 60 f.

- vorläufiger Rat 61 f.
- Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation 88 ff., 113, 114 ff.
- Evangelische Landeskirche Anhalts 61, 132, 147 f.
- Evangelische Landeskirche Greifswald s. Pommersche Evangelische Kirche
- Evangelisch-Lutherische Freikirche 151
- Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen 61, 76, 142, 145, 146
- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs 61, 99 f., 142, 145, 146
- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens 61, 142, 145, 146
- Evangelisch-methodistische Kirche in der DDR 150, 151, 152 f.
- Evangelistenkonferenz in der DDR 152

- Falcke, H. 21, 87 Fn. 238
- FDJ
 - s. Freie Deutsche Jugend
- Feuerbach, L. 3
- Forck, G. 139, 140
- Fränkel, H. J. 162
- Freie Deutsche Jugend 159, 160, 161, 162
- Freiheiten, wirtschaftliche 25
- Freiheitsrechte, subjektive 19
- Freikirchen in der DDR 150 ff., 152 f.
- Friedrich, O. 55 Fn. 354
- Führ, F. 168
- Fürstenwalder Erklärung 74, 77, 79 Fn. 173, 92, 94
- Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR
 - Abstimmungsverhalten der Teilkirche in Berlin-Brandenburg (Ost) 147, 148
 - Eisenacher Empfehlungen 147, 149 Fn. 626
 - Evangelische Kirche in der DDR (EKiDDR) 148 f.
 - Gemeinsame Entschließung 147
 - Grundartikel 148 f.
 - Schaffung gemeinsamer Einrichtungen 149 f.
 - Vereinigte Evangelische Kirche 147 f.
- Fuchs, E. 172 f., 175 f.

- Garstecki, J. 87 Fn. 238
- »Gemeinsame Erklärung« (1958) 168 ff.
- Gemeinsame Erklärung (1986) 62 f. Fn. 27, 120, 149
- Gemeinsames Leitungsgremium von EKD und Kirchenbund 89, 115
- Gerichtsverfassungsgesetz der DDR 30

- Geschichtliche Entwicklung der evangelischen Kirchen in der DDR/SBZ 60 ff.
- Gesetz über die Demokratisierung der Organe in der DDR 222 f.
- Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR 30
- Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR
 - dritte Anordnung 160, 162
- Gewissensfreiheit
 - DDR-Verfassung 1949, 29, 161, 162 f., 164, 169
 - DDR-Verfassung 1968, 45 ff.
 - DDR-Verfassungslehre 11, 20
 - KSZE-Akte 185 Fn. 276, 186
 - und Leninismus 5
- Glaubensfreiheit
 - DDR-Verfassung 1949, 29, 161, 162 f., 164, 169
 - DDR-Verfassung 1968, 45 ff.
 - negative 234
 - KSZE-Akte 185 Fn. 276
 - Position der SED 157
 - Position der KPD 155 f.
- Götting, G. 74, 75
- Grotewohl, O. 64, 69 f., 162, 166 Fn. 110, 168
- Grüber, H. 64, 162
- Grundgesetz
 - Bremer Klausel 220 ff.
 - Erziehungsrecht 234
 - Grundrechtsverständnis 6 f.
 - Justizgewährungsanspruch 219
 - Menschenwürde 7
 - Militärseelsorge 66, 237, 239, 241, 245
 - negative Glaubensfreiheit 234
 - Neutralitätspflicht des Staates 251
 - Religion als ordentliches Lehrfach 220 ff.
 - Selbstbestimmungsrecht der Kirchen 6, 56 Fn. 357, 251 f.
 - Staatsleistungen 248 f.
 - Theologische Fakultäten 249, 251 f.
 - Verbot der Staatskirche 252
 - Vertragsstaatskirchenrecht 235 ff.
- Grundlagenvertrags-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 136, 212, 239
- Grundrechte
 - einklagbare, soziale Grundrechte 22, 28
- Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht
 - s. auch DDR-Rechtsprechung
 - Drittwirkung der Grundrechte
 - - Universalgerichtetheit 15

- Einheit von Grundrechten und Grundpflichten
- – Höherentwicklung der Gesellschaft 12
- – Stärkung der sozialistischen Staatsmacht 12
- Glaubens- und Gewissensfreiheit 20, 45 ff.
- Gleichheitssatz
- – Glaubens- und Gewissensfreiheit 45 ff.
- – Instrument zur Veränderung der Klassensituation 47
- Grundrechte als Auslegungsrichtlinien 18
- Grundrechte als objektives Recht 9
- Grundrechte als subjektives Recht 10 f.
- Grundrechte kraft staatlicher Verleihung 7
- Grundrechtsbeschränkung durch die marxistisch-leninistische Parteiführung 8
- Immanente Grundrechtsschranken
 - – demokratischer Zentralismus als Grundrechtsschranke 14 f.
 - – Grundrechtsausübung in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der SED 14
 - – Grundsätze der sozialistischen Moral 13 f.
 - – keine Wesensgehaltsgarantie 14
 - – keine Verfassungsgerichtsbarkeit 166
 - – Rechtsbehelfe 16 ff.
 - – sozialistische Grundrechte
 - – Freiheit des Bürgers 24
 - – Gleichberechtigung 8
 - – sozialistische Persönlichkeit 8 f.
 - – totaler Verwaltungsstaat 21
 - – Vergesellschaftung des Menschen 8
 - – Zwangsintegration 9
- Theorie der Interessenidentität von Staat, Gesellschaft und Individuum 7 f., 10
- Grundrechtsschutz in der DDR
 - s. DDR-Rechtsprechung, Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht
- Gysi, K. 50, 191, 206
- Hagemann, E. 62
- Hahn, H. 62, 162
- Harder, H.-M. 51 Fn. 321, 215
- Heckel, M. 56 Fn. 357, 90 Fn. 265, 108 Fn. 376, 122
- Heidingsfeld, U.-.P. 49 Fn. 302
- Heiliger Stuhl 71, 236 ff., 240
- Heinemann, G. 62
- Henkys, R. 50, 152, 188, 211
- Herzog, R. 43
- Hoffmann, H. 192
- Hoffmann, J. 168
- Honecker, E. 20, 50, 179 f., 185, 186 f., 187 Fn. 294, 188, 189, 191, 192, 196, 197, 199, 203 f., 207 f.
- Identitätstheorie 238 Fn. 173
 - s. auch Rechtslage Deutschlands
- Immanente Grundrechtsschranken
 - DDR-Verfassung 13 ff.
 - Grundgesetz 14
- Informationsdienste, innerkirchliche 194 f.
- Informationsgespräche zwischen Staat und Kirche 182 f., 184, 208
- Innenministerium der DDR 178
- Jacob, G. 139
- Jarowski, W. 203 f.
- Jugendweihe 163 ff.
- Junge Gemeinde
 - Behinderungen des DDR-Staates 159 ff.
 - Einstufung als nicht erlaubte Organisation 160
 - Kommuniqué vom 10.6.1953, 163
 - Tragen des Kugelkreuzes 159, 160
 - Verbot der Jugendzeitschrift »Die Stafette« 161
- Jürgensohn, G. 82
- Justiz als Instrument des SED-Regimes 18, 38 Fn. 233
- Kaiser, J. 227
- Kalb, H. 186
- Katholische Kirche
 - Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR 153
 - DDR-Kirchensteuerrecht 217
 - Fortgeltung des Reichskonkordats in der DDR 240
 - Fortgeltung des Reichskonkordats in den neuen Bundesländern 236 ff., 249
 - Fortgeltung des Reichskonkordats in der SBZ 240 Fn. 185
 - friedliche Revolution in der DDR 204
 - gesamtdeutscher Rechtsfortbestand 92
 - Position zur Regelung des Religionsunterrichts in Berlin 232
 - Militärseelsorge 70 ff., 112, 237, 241, 245, 246 f.
 - Minderheitenkirche in der DDR 71 f., 112, 204
 - Theologische Fakultäten 249
- Kirche im Pluralismus 140, 207, 209
- Kirche im Sozialismus 113, 140, 171, 178 f., 182 ff., 185, 186, 203, 205 ff.

- Kirchenbund
s. Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
- Kirchenbund Evangelisch-Reformierter Gemeinden in der DDR 151, 152 f.
- Kirchensteuer 34 ff., 41, 53, 55, 213 ff.
- Kirchliche Arbeitsbestimmungen in der DDR 54 f.
- Kirchliche Land- und Forstbetriebe 198 f.
- Kirchliche Sendungen in den DDR-Medien 187 Fn. 293, 193
- Klassenkampf
– und Religion 4, 5
- Klein, H. H. 15
- Kommunalwahlen vom 7.5.1989, 202 f.
- Kommuniqué vom 10.6.1953, 162 f., 170
- Kommuniqué vom 21.7.1958, 168 ff., 171 f., 173, 174
- Kommunistische Partei Deutschlands
– kirchenpolitische Position 155 f.
- Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR 72, 77, 174 ff.
- Konsultationsgruppe 84 f., 101, 104
- KPD
s. Kommunistische Partei Deutschlands
- Krenz, E. 203 f., 204
- Krüger, U. 33, 65 f., 71, 75
- Krummacher, F.-W. 162, 168, 173
- Krusche, W. 77, 184 f., 186
- KSZE-Akte 185 Fn. 276, 186
- Kultur, europäische
– christliche Religion 234
- Landeskirchenverträge 242 ff., 250 f.
s. auch Vertragsstaatskirchenrecht
- Länderkonkordate 242 ff.
s. auch Vertragsstaatskirchenrecht
- Ländereinführungsgesetz der nachsozialistischen DDR 216, 223 ff.
- Landeskirchliche Gemeinschaften 152, 153
- Lange-Erlaß 34, 168, 169, 171
- LDPD
s. Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
- Leich, W. 50, 88, 199, 203 f., 206
- Lenin, W. I. 5, 88
- Leninismus
– Gewissensfreiheit 5
– Religion 5
- Leuenberger Konkordie 119, 147
- Liberal-Demokratische Partei Deutschlands 229
- Lilje, H. 62
- Lingner, O. 50 Fn. 310, 97 Fn. 315, 188
- Loccumer Erklärung 85 ff.
- Lotz, G. 174
- Löwe, H. 87
- Luchterhandt, O. 50 Fn. 310, 92, 170, 183 Fn. 261, 187, 188
- Lutherbild, neues 200
- Lutherische Kirchen in der SBZ/DDR
s. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
- Lutherjubiläumsjahr 1983, 187 Fn. 293, 189 f.
- Mampel, S. 14 Fn. 60, 52, 54, 222
- Maron, K. 168
- Marktwirtschaft, soziale und freie 28, 87 Fn. 238
- Marx, K. 3 f., 7, 88
- Marxistischer Humanismus und christlicher Humanismus 173
- Marxismus
– Basis 3
– Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften
– – Lutherbild 200
– Menschenbild 7
– Rechtsprechung 29, 38
– Religion 3 f.
– Überbau 3
- Marxismus-Leninismus
– atheistisches Gesellschaftswesen 169
– Beeinflussung der evangelischen Kirchen 205 f.
– DDR-Verfassungsrecht 20, 37 f., 42 f., 190
– in der DDR-Verfassung 1949, 2
– in der DDR-Verfassung 1968, 2
– Gewissensfreiheit 5
– Kirchenpolitik der SED 189 f.
– Militärseelsorge 68
– und Rechtsprechung 29, 38
– und das Studium der Theologie an den staatlichen Universitäten in der DDR 180 f.
– Vermittlung im Staatsbürgerkundeunterricht 234
- Mecklenburg-Vorpommern
– Bremer Klausel 220 ff.
– DDR-Kirchensteuergesetz 217
– keine rechtliche Auflösung durch das Demokratisierungsgesetz der DDR 222
– Land der SBZ
– – Gründung 220
– – Untergang 223
– – Verfassungsberatungen 226 ff.

- Ländereinführungsgesetz
- - staatliche Neuschöpfung 223 ff.
- Meinungsfreiheit 194
- Meiser H. 62
- Mennonitengemeinde 152 f.
- Menschenbild
- DDR-Verfassung 7, 14
- Grundgesetz 7
- Marxismus 7
- sozialistisches Menschenbild 19, 43
- Menschenrechte
- DDR-Verfassungsrecht
- - Bürgerrechte 7
- - staatliche Verleihung 7
- - Verhältnis zu den völkerrechtlich anerkannten Menschenrechten 7Fn. 11
- Grundgesetz
- - Grundrechte als unveräußerliche Menschenrechte 7
- KSZE-Akte 185
- Position der SED
- - Gestaltungsrechte zum Aufbau einer marxistischen Gesellschaftsordnung 157
- reformatorische Theologie
- - Dreispaltung der Menschenrechte 23 ff.
- - Theorie von der Grundfigur des Menschenrechts 26 f.
- Menschenwürde
- Grundgesetz
- - vorstaatliche und übergesetzliche Geltung 7
- DDR-Verfassungsrecht
- - staatliche Verleihung 7 f.
- Militärseelsorge
- in der Bundeswehr 66, 237, 239, 241, 245 ff.
- in der Nationalen Volksarmee 68, 246
- Militärseelsorgevertrag der EKD
- Abschluß 64, 111 f., 245
- Geltungsbereich 67 ff., 112, 239, 241, 246 ff.
- rechtliche Bewertung des Verhältnisses von Staat und Kirche 65 ff., 75, 245
- Moral, sozialistische 13, 30 f., 68, 175
- Mitzenheim M. 44, 69 f., 76, 91, 92, 113, 158, 162, 165, 168, 173, 174, 175 f.
- Modrow, H. 197
- Müller, G. 206
- Müller, L. 162
- Müller, P. 21 Fn. 114, 49 Fn. 302
- Mußler, St. 41 Fn. 251

- Nationalstaat
- Bedeutung 210 f.
- europäische Integration 210 f.

- NATO
- s. Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft
- Neue Bundesländer
- s. auch Vertragsstaatskirchenrecht
- Bremer Klausel
- - historische Auslegung 228 f.
- - Inkraftsetzung in den neuen Bundesländern 220
- - keine abweichenden landesrechtlichen Regelungen im Sinne des Grundgesetzes 226 ff.
- - keine staatsrechtliche Identität der neuen Bundesländer mit den SBZ-Ländern 221 ff., 242
- - teleologische Auslegung 229 ff.
- Fortgeltung des Vertragsstaatskirchenrechts 236 ff.
- Justizgewährungsanspruch 219
- keine staatsrechtliche Identität mit den SBZ-Ländern 225, 230, 242
- Landesverfassungsgerichtsbarkeit 219
- Militärseelsorge 245 ff.
- Theologische Fakultäten/Sektionen 249 ff.
- Wiederanknüpfung an alte Traditionen 243
- Wiedereinführung der Kirchensteuer 216 ff.
- Niemöller, M. 62
- Niesel, W. 62
- Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft 65 f., 167
- NS-Regime 231
- Nuschke, O. 162

- Oberstes Gericht der DDR 37 f.
- Öffentlich-rechtliche Korporationsqualität der Kirchen 31 ff., 52 ff., 59, 217
- Ökumenische Versammlung 202
- Ostpolitik der Bundesregierung 240 f.

- Parlamentarischer Rat
- Bremer Klausel
- - Bundesland Bremen 229 f.
- - sonstige Bundesländer 229 f.
- - Berlin (West) 225, 232
- - Ost-Berlin 225, 232
- - Ostzone 228
- Persönlichkeit, sozialistische 8 f.
- Plenikowski, A. 168
- Politische Verträge 242 f.
- Pommersche Evangelische Kirche 61, 132 Fn. 488, 147 f.
- Potsdamer Abkommen 60, 156, 223 f. Fn. 73

- Pouvoir constituant 116 f., 211
 Pouvoir constitué 116, 117
 Presse, kirchliche 193 f.
 Pressezensur 193, 201
 Preußen, Freistaat 243, 250 f.
 Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen 239 ff.
 Prinzip der Parität 249 f.
 Programmatische Erklärung (1960) 171 ff.
 Programmatische Gespräche 58, 171 ff.
 Propaganda, staatliche
 – Atheismus 4, 5
 – Diffamierung der EKD als »NATO-Kirche« 65 f., 112, 167
 – Diffamierung von Pfarrer Brüsewitz 182
 – gegen die »Junge Gemeinde« 161
 – gegen eine gesamtdeutsche EKD 65 f., 72 f., 92, 103, 112, 167
 – gegen die gesamtdeutschen Kirchenbindungen 177
 – für Kirchenaustritte 42
 – Weltkongreß der Friedenskräfte 179 f.
 – zugunsten der atheistischen Jugendweihe 163 ff.
- Quasi-öffentlich-rechtliche Korporationsqualität der Kirchen in der DDR 52 ff., 59
- Raiser, K. 87 Fn. 238
 Rechtsgrundsätze, überpositive 117
 Rechtslage Deutschlands
 – Dachstaatstheorie 136
 – Deutschland in den Grenzen von 1990, 239 f.
 – Grundlagenvertrags-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 136, 212
 – Identitätstheorie 136, 238 Fn. 173, 239 f.
 Rechtsschutz in der DDR 16 ff.
 s. auch DDR-Rechtsprechung, Grundrechtskonzeption im DDR-Verfassungsrecht
- Rechtsstaat
 – liberale Rechtsstaatlichkeit 19
 – sozialistische Rechtsstaatlichkeit 19
- Reichskonkordat
 – Fortgeltung in der DDR 240
 – Fortgeltung in den neuen Bundesländern 236 ff., 249
 – Fortgeltung in de SBZ 240 Fn. 185
 – Militärseelsorge 70, 71 Fn. 95, 237, 241, 245 Fn. 213, 246 Fn. 223
- Reformatorische Theologie
 – Dreispaltung der Menschenrechte 23 ff.
 – Theorie von der Grundfigur des Menschenrechts 26 f.
 Religiöse Gesellschaft der Freunde 153
 Religion
 – Absterben 4, 48 Fn. 299
 – als Privatsache 5
 – und Klassenkampf 4, 5
 – und Mitgliedschaft in einer leninistischen Partei 5
 – und Sozialismus 4, 11
 Religionsfreiheit 20, 60, 157, 160, 161, 172, 185 Fn. 276
 Religionsunterricht in den Schulen 33 f., 156, 168, 169, 171, 220 ff.
 s. auch neue Bundesländer, Sowjetisch besetzte Zone
 Religionsverständnis
 – von Feuerbach 3
 – von Lenin 5
 – von Marx 3 f.
 Revolution
 – deutsche 1
 – friedliche 1, 83 Fn. 211, 127, 204, 224 Fn. 77
 – Katalysatorfunktion der evangelischen Kirchen für die friedliche Revolution 208
 – keine protestantische 204 f.
 – und Klassenkampf 4
 – protestantische Theologie 204 f.
 Roggemann, H. 15, 19, 22 Fn. 119
 Russisch-Orthodoxe Kirche 92, 153, 154, 156, 158, 178
- Sachsen
 – DDR-Kirchensteuergesetz 217
 – keine rechtliche Auflösung durch das Demokratisierungsgesetz der DDR 222
 – Land der SBZ
 – – Gründung 220
 – – Untergang 223
 – – Verfassungsberatungen 226 ff.
 – Ländereinführungsgesetz
 – – staatliche Neuschöpfung 223 ff.
 – Verfassung 1992, 212, 224 Fn. 77, 233
- Sachsen-Anhalt
 – DDR-Kirchensteuergesetz 217
 – keine rechtliche Auflösung durch das Demokratisierungsgesetz der DDR 222
 – Land der SBZ
 – – Gründung 220
 – – Untergang 223
 – – Verfassungsberatungen 226 ff.
 – Ländereinführungsgesetz
 – – staatliche Neuschöpfung 223 ff.

- SED
 s. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- Seelsorge
 – Bedürfnisprüfung 39
 – Bundeswehr 245 ff.
 – Feierabend- und Pflegeheime 195
 – Militärseelsorgevertrag der EKD 64 ff., 111 f., 245 ff.
 – Nationale Volksarmee 40, 246
 – Strafanstalten 40, 187 Fn. 293, 195 f.
- Seigewasser, H. 81, 82, 106, 178, 185
- Selbstbestimmungsrecht der Kirchen
 – im Grundgesetz 6, 56 Fn. 357
 – in der DDR-Verfassung 20, 31 ff., 44 f., 48 ff., 56 f.
- Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz
 – Bericht der Magdeburger Kirchenleitung 182 ff.
 – staatliche Propaganda 182
- Sieben-Tags-Adventisten 153
- Sieben Theologische Sätze (1963) 176 f.
- Siéyès, A. 116
- Smend, R. 62
- Sowjetisch besetzte Zone
 – Länder der SBZ
 – – keine rechtliche Auflösung durch das Demokratisierungsgesetz 222
 – – keine Kolonien 243
 – – Untergang der SBZ-Länder 223, 243
 – Kirchenpolitik 156, 230
 – Militäradministration 159, 227, 230, 231
 – Ost-West-Gegensatz 243
 – Verfassungen der SBZ-Länder
 – – Beratungen 227 f.
 – – Prinzip der Gewalteneinheit 227
 – – Regelung des Religionsunterrichts 220 Fn. 50, 226 Fn. 90, 228 Fn. 105, 230 Fn. 125
 – – Übergangscharakter 229
 – – Verabschiedung 226 ff.
 – – Veto der SED gegen Religion als gleichberechtigtes Lehrfach 227 Fn. 101
- Sowjetische Militäradministration 159, 227, 230, 231
- Sozialer Friedensdienst
 – Ablehnung durch die DDR-Staatsführung 191
 – kein Einsatz von Bausoldaten in sozialen Einrichtungen 197
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
 – Beratungen hinsichtlich der SBZ-Landesverfassungen 227 f., 229
 – Hilfstruppen der SED 157 f., 177
 – und Justiz 18, 38 Fn. 233
 – Kirchenpolitik 80 ff., 157, 185 ff.
 – Mitgliedschaft 31
 – Propaganda gegen gesamtdeutsche EKD 72 f., 75
 – Propaganda gegen gesamtdeutsche Kirchenbindungen 177
 – SED-Mitglieder im ideologischen Bereich 49
 – Theologiestudium an den staatlichen Hochschulen 250
 – Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht 227
 – waffenloser Dienst 192
 – Veto gegen Religion als gleichberechtigtes Lehrfach 227 Fn. 101
- Sozialstaat, freiheitlicher 21 f.
- Sozialistische Menschengemeinschaft 177 f.
- Sozialistische Persönlichkeit 8 f.
- Spitzengespräch vom 6.3.1978
 – Altersversorgung für kirchliche Mitarbeiter 187 Fn. 293, 199
 – Bauvorhaben, kirchliche 195
 – Diakonie 196 ff.
 – Entstehungsgeschichte 185 f.
 – Inhalt 186 f.
 – kirchliche Land- und Forstbetriebe 198 f.
 – kirchliche Sendungen in den DDR-Medien 187 Fn. 293, 193
 – Lutherjubiläumsjahr 1983, 187 Fn. 293, 189, 199 f.
 – Rechtsnatur 187 ff.
 – Seelsorge in staatlichen Einrichtungen 187 Fn. 293, 195 f.
 – Verhältnis zur DDR-Verfassung 1968, 50, 57 Fn. 359, 58 Fn. 363, 187 ff., 190
 – Veranstaltungsverordnung
 – – Änderung 200
 – – Auswirkungen der neuen Veranstaltungsverordnung 200 ff.
- Scharf, K. 106, 139
- Scheuner U. 105 f.
- Scheven, K. v. 162
- Schönherr, A. 81, 96 Fn. 310, 139, 179, 186, 187, 188, 206
- Schorlemmer, F. 201 f.
- Schröder, R. 87
- Schröter, F. 162
- Schultheiß, Chr. 186
- Staattennachfolge in die Verträge 242 f.
- Staatsangehörigkeit, einheitliche deutsche 83
- Staatsleistungen 36 f., 248 f.

- Staatssekretariat für innere Angelegenheiten der DDR 160
- Staatssekretariat für Kirchenfragen 81 f., 106
- Staats sicherheitsdienst der DDR 49 Fn. 302, 51, 53, 201
- Statuten für die Katholische Militärseelsorge 70, 71 Fn. 95, 245 Fn. 213, 246 Fn. 223
- Stolpe, M. 50, 81, 186, 202 f., 205 Fn. 473, 210, 212
- Stoph, W. 40, 68
- Strauß, F. J. 64, 189 Fn. 314
- Teilidentitätslehre 136, 239
- Teilordnungslehre 136
- Teso-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts 83 Fn. 211
- Theologische Fakultäten/Sektionen
- in der DDR 53 f., 250
 - in den neuen Bundesländern 249 ff.
 - Besetzung der Lehrstühle 250 ff.
- Theologiestudium an den staatlichen Hochschulen in der DDR
- Anerkennung der führenden Rolle der SED 250
 - obligatorisches marxistisch-leninistisches Grundstudium 180 f.
 - und Wehrpflicht in der DDR 192 f.
- Thüringen
- DDR-Kirchensteuergesetz 217
 - keine rechtliche Auflösung durch das Demokratisierungsgesetz der DDR 222
 - Land der SBZ
 - – Gründung 220
 - – Untergang 223
 - – Verfassungsberatungen 226 ff.
 - Ländereinführungsgesetz
 - – staatliche Neuschöpfung 223 ff.
- Trennung von Kirche und Staat 31, 38, 92, 174, 252
- Universalsukzession in die Verträge 242 f.
- Urban, D. 81
- Ulbricht, W. 43, 44, 76, 92, 170, 171, 172, 173, 189 f. Fn. 314
- Vatikan 71, 112
- VEK
- s. Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR
- VELK
- s. Vereinigt-Lutherische Evangelische Kirche in der DDR
- VELKD
- s. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
- Veranstaltungsverordnung 1951, 161, 163
- Veranstaltungsverordnung 1970, 178, 200
- Veranstaltungsverordnung 1980, 200
- Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR 147 f.
- s. auch Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR
- Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
- s. auch Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
 - besondere Gemeinschaft mit den lutherischen Kirchen in der DDR 143 f.
 - Entstehung 141 f.
 - Gliedkirchen 142
 - Regionalisierung 142
 - Stellungnahme zur Gründung der VELK 143 Fn. 575
 - Stellungnahme zur Auflösung der VELK 144 Fn. 584
 - Wiedervereinigung mit den östlichen lutherischen Kirchen 145, 146
- Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR
- s. auch Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
 - Auflösung 144
 - besondere Gemeinschaft mit den westdeutschen lutherischen Kirchen 143 f.
 - und die Evangelische Kirche der Union 133 f. Fn. 507
 - Fusionierung der evangelischen Kirchenzusammenschlüsse in der DDR 146 ff.
 - Gründung 142 f., 145 f.
 - Koordinierungsgruppe für die Beziehungen zur VELKD 144 Fn. 583, 146
 - vollständige rechtliche Trennung von der VELKD 143
- Verhältnis der evangelischen Kirchen zum DDR-Staat 50, 57 f., 159 ff.
- s. auch Evangelische Kirchen in der DDR/SBZ
- Verfassungsänderung 116, 117, 126, 128 f., 129
- Verfassungsgebung 116 f., 126, 128 f.
- Verlage, kirchliche 194
- Verner, P. 82, 177, 186

- Verordnung über den Austritt aus Religionsgemeinschaften öffentlichen Rechts 41 f.
- Vertragsstaatskirchenrecht
- Abschluß von Staatskirchenverträgen 235
 - Befugnisse des einfachen Gesetzgebers 243
 - Befugnisse des Verfassungsgebers 243
 - Bundesstaatskirchenvertragsrecht 236 ff.
 - Fortgeltung des Bundesstaatskirchenvertragsrechts in den neuen Bundesländern
 - - Art. 11 S. 1 Einigungsvertrag 236 ff.
 - - Prinzip der beweglichen Vertragsgrenzen 240 f.
 - - Teilidentitätstheorie 239 f.
 - Fortgeltung des Landesstaatskirchenvertragsrechts in den neuen Bundesländern
 - - keine Fortgeltung nach Art. 11 S. 1 Einigungsvertrag 242
 - - Fortgeltung nach allgemeinen Regeln 242 f.
 - kein DDR-Vertragsstaatskirchenrecht in zentralen Fragen 244 f.
 - Landesstaatskirchenvertragsrecht 242 ff.
- Verwaltung der Kirchensteuer
- DDR-Kirchensteuergesetz 218 f.
- Volk
- DDR-Verfassung 2
 - Marxismus-Leninismus 2
 - Träger der *pouvoir constituant* im demokratischen Staat 117
- Waffenloser Dienst in der Nationalen Volksarmee 191 f., 197
- Wahrmann, S. 186
- Wandel, P. 162
- Wartburggespräche 106, 173, 174
- Wechselwirkungslehre und kirchliche Selbstbestimmung 56 f. Fn. 357
- Wehrdienstpflicht in der DDR 191
- Wehrkundeunterricht, obligatorischer 191
- Weidemann, H. 49 Fn. 301, 33, 52 ff., 190
- Weise, H. 81
- Weißenseer Arbeitskreis 176
- Weixdorfer Kreis 158
- Werteordnung des Grundgesetzes 23, 226
- Westliche Finanzhilfe für die evangelischen Kirchen in der DDR 85, 214
- Weltkongreß der Friedenskräfte 179 f.
- Wiederherstellung der gesamtdeutschen EKD-Organisation
- durch die Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechts der östlichen Gliedkirchen 131
 - durch Änderung der EKD-Grundordnung 117
 - EKD-Vereinigungsgesetz 89 f., 113, 116 ff., 126, 130
 - kein »Anschluß« der östlichen Gliedkirchen an die EKD 131
 - Kirchenbundvereinigungsgesetz
 - - Auflösung des Kirchenbundes als Verfassungsgebungsakt seiner Gliedkirchen 128 ff., 131
 - - Außerkrafttreten der Kirchenbundordnung 126 ff.
 - - EKD als Rechtsnachfolgerin des Kirchenbundes 90, 113
 - - Inhalt 123 f.
 - - keine Reaktivierung der alten EKD-Mitgliedschaftsrechte 124 f.
 - - Nichtigkeit 128
 - - Überschreitung der Paktierungsgrenze der Kirchenbundordnung 128 f.
 - Paktierungsgrenze der EKD-Grundordnung
 - - Beachtung 119 ff.
 - - Inhalt 118
 - Reaktivierung der EKD-Mitgliedschaft in den östlichen Gliedkirchen 111, 113, 122 f., 130 f.
 - zweispurige rechtliche Untersuchung der kirchlichen Wiedervereinigung 115 ff.
- Wiedervereinigung Deutschlands
- auf der Grundlage von Art. 23 GG a.F. 114, 211 f., 233
 - Position der SED 203
 - nach Maßgabe des 2+4-Vertrags 239 f.
- Willkürherrschaft 27
- Wünsche, K. 31
- Wurm, Th. 60, 62
- Zaisser, E. 161
- Zaisser, W. 162
- Zeddies, H. 149
- Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche (1963) 174 ff.
- Zeugnis- u. Dienstgemeinschaft 176 f.
- Zieger, G. 190